

Militär-geschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Heft 2/2022

Ostfront 1942

Hitlers zweiter Feldzug gegen die Sowjetunion

Olympia-Attentat 1972

Eine missglückte Befreiungsaktion

Georg Ferdinand Duckwitz

Ein deutscher Diplomat und »Judenretter«



Gedenkkultur in der Bundeswehr

Wald der Erinnerung



Der Wald der Erinnerung in der Henning-von-Tresckow-Kaserne bei Potsdam ist den Toten der Bundeswehr gewidmet. Er ist ein Ort der persönlichen Trauer.

Hier befinden sich auch die Ehrenhaine der Bundeswehr aus den Einsatzgebieten.

i

**Wald der Erinnerung
Henning-von-Tresckow-Kaserne
Werderscher Damm 21-29
14548 Schwielowsee**

Bei Fragen zur Gedenkstätte und Organisation von Besuchervorhaben melden Sie sich bitte per E-Mail an: walddererinnerung@bundeswehr.org oder Telefon an: 03 32 7-50-38 73 (90-85 00 3873).

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 24. Februar 2022 begann der von Russland mit großer Brutalität geführte Angriffskrieg gegen die Ukraine. Bereits im Vorfeld des Krieges startete die russische Seite eine intensive Kampagne mit geschichtspolitischer Propaganda und hetzerischer Desinformation, um den ukrainischen Staat zu delegitimieren und seine Unabhängigkeit in Frage zu stellen. Für uns kommt es darauf an, die russischen Rechtfertigungen als das zu kennzeichnen, was sie sind: auf Halbwahrheiten beruhende Geschichtsklitterungen, deren Ziel es ist, die Gesellschaften in den NATO- und EU-Mitgliedstaaten zu spalten und so die Handlungsfähigkeit ihrer Regierungen zu untergraben. Wir dürfen den Versuchungen und Verführungen russischer Propaganda nicht auf den Leim gehen.

Wie in der Aufbauphase der Bundeswehr vor rund 70 Jahren zählt die politisch-historische Bildung zum Kern unserer Einsatzbereitschaft. Ganz wesentlich ist die Erkenntnis, wie der wechselseitige Einfluss von Staat, Politik, Gesellschaft und Militär sich auf die Kriegführung auswirkt. Die kritische Beschäftigung mit Strategie- und Operationsgeschichte in den Weltkriegen erleichtert uns das Verständnis des heutigen Kriegsgeschehens in der Ukraine. Wenn wir aus der Geschichte lernen können, Fehler zu vermeiden, dann bietet der russische Überfall Anschauungsmaterial für wichtige Grundsätze: Der Kulminationspunkt eines Angriffs wird von einer eindeutigen Schwerpunktbildung sowie der Reichweite der Logistik mitbestimmt; die verantwortlichen Politiker und ihre militärische Führungsspitze müssen ein gemeinsames Kriegsbild erarbeiten; dafür sind vertrauensvolle, den kritischen Diskurs ermöglichende Beziehungen unverzichtbar. Die aktuelle Ausgabe der **Militärsgeschichte** bietet Anschauungsmaterial für diese historischen Wahrheiten: die deutsche Sommeroffensive 1942 zur Wolga und in den Kaukasus, der Terroranschlag auf die Olympischen Spiele 1972 und die Ostpreußenreise Paul von Hindenburgs im Jahre 1922.

Parallel zu dieser Ausgabe erscheint ein Sonderheft zur Ukraine. Es beinhaltet Beiträge aus einem Online-Dossier des ZMSBw (www.zmsbw.de). Das darin angebotene Hintergrundwissen ist unverzichtbar für unsere politisch-historische Bildung. Zudem ist es nützlich für Gespräche mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich in diesen Tagen vermehrt an die Angehörigen der Bundeswehr wenden.

Dr. Uwe Hartmann
Oberst und Herausgeber



Militärsgeschichte | Zeitschrift für historische Bildung



6

Scheer/Süddeutsche Zeitung Photo

Kampf um Öl: Die deutsche Offensive in den Kaukasus 1942.



14

Ulsteinbild - Haackel Archiv

Vergnügungsfahrt und Politikum: Paul von Hindenburg in Ostpreußen 1922.



16

Bundeswehr/Dirk Bannert

»Ich hatt' einen Kameraden ...«: Der Umgang der Bundeswehr mit dem Soldatentod.



24

IMAGO/Ralph Peters

Sie begann weiß-blau-fröhlich und endete in Terror und Mord: Die Olympiade in München 1972.



30

BArch, B 145 Bild-00019204

Georg F. Duckwitz: Ein deutscher Diplomat rettete Tausende dänische Juden.

Sie lassen sich beinahe in jedem Ort entdecken, doch werden sie oft übersehen: Kriegerdenkmäler in Deutschland. Aus welchen Zeiten sie stammen, welche Botschaften sie transportieren und wie man sich mit diesen auseinandersetzen kann, erfahren Sie ab Seite 22.



IMA.CO/Richard Mareham

Inhalt 2/2022

- 6 **ZWEITER WELTKRIEG**
»Kriegszug um das Öl«
Die deutsche Sommeroffensive 1942
- 14 **MILITÄRGESCHICHTE IM BILD**
Die Ostpreußenreise Paul von Hindenburgs 1922
- 16 **BUNDESWEHR**
Sterben nicht vorgesehen?
Trauer- und Gedenkkultur in der Bundeswehr
- 22 **IM BLICKPUNKT**
Kriegerdenkmale
- 24 **TERRORISMUS**
Olympia 1972
Palästinenser nehmen Israelis als Geiseln
- 28 **GESCHICHTE KOMPAKT**
Erste Polnische Teilung | 1772
»Deutschland-Lied« wird Nationalhymne | 1922
Teilung Britisch-Indiens | 1947
Gesetz über die Militärseelsorge | 1957
- 30 **DIPLOMATIE**
Georg F. Duckwitz
Botschafter und »Judenretter«
- 34 **SERVICE**
Bücher | Medien
Ausstellungen | Der besondere Tipp
Impressum

»Kriegszug um das Öl«

Die deutsche Sommeroffensive 1942

Um sich kriegswichtige Erdölvorkommen zu sichern, startete die Wehrmacht im Sommer 1942 eine neue Offensive im Südabschnitt der Ostfront. Doch Kräfterangel, eine geteilte Operationsführung, ein unterschätzter Gegner und die Weite des Raumes wurden zu einer schweren Hypothek.

Von Chris Helmecke



Propagandafoto: Panzer und Infanterie im gemeinsamen Vorstoß, 1942.

Im Frühjahr 1942 war der Krieg »an einem jener Knotenpunkte angelangt, wo vieles möglich und wenig sicher erschien« (Bernd Wegner). Der deutsche »Blitzkrieg« gegen die Sowjetunion war im Dezember 1941 vor Moskau gescheitert. Allerdings blieb auch die darauffolgende sowjetische Gegenoffensive stecken. Mit dem Kriegseintritt der USA und Japans hatte sich der europäische Krieg zu einem Weltkrieg ausgeweitet. Die veränderte gesamtstrategische Lage setzte Hitler unter Zeitdruck, denn er befürchtete für 1943 die Errichtung einer »zweiten Front« in Europa.

Flucht nach vorn

1942 erschien als »das letzte Jahr, in dem man – vielleicht – die Masse des deutschen Heeres ungestört an einer Front einsetzen konnte«, so General Kurt von Tippelskirch in einer nachträglichen Betrachtung. Somit lag wie schon 1941 auch 1942 Hitlers Augenmerk auf dem Kampf gegen die Sowjetunion. »Krieg wird im Osten entschieden«, notierte der Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Franz Halder, nach der Lagebesprechung vom 28. März 1942.

Hitler war allerdings klar, dass nach den Verlusten im ersten Ostkriegsjahr eine erneute Offensive nicht mehr auf der ganzen Front möglich sein würde. Sein Blick richtete sich auf den Südabschnitt. Der deutsche Diktator wollte die Sowjetunion schlagen, indem er ihr die »kriegswirtschaftlichen Kraftquellen« nahm. Jene böten zugleich dem Deutschen Reich – so Hitler schon Anfang 1941 – »alle Möglichkeiten, in Zukunft auch den Kampf gegen Kontinente zu führen, es könne dann von niemand mehr geschlagen werden«. Er zielte deshalb auf die untere Wolga mit ihren Industriezentren als Lebensader der Sowjetunion sowie die kaukasischen Ölfelder bei Maikop, Grosny und Baku.

Das kaukasische Öl war von besonderer Bedeutung für die deutsche Kriegführung. Bereits im Frühjahr 1939 sprach der Wehrwirtschaftsstab im Oberkommando der Wehrmacht von dem Ziel der »Beherrschung des gewaltigsten Erdölgebietes Europas, Kaukasien«. Ein seit

dem Krieg gegen die Sowjetunion absehbares Rohstoffdefizit des Deutschen Reiches könnte so ausgeglichen werden. Die Sommeroffensive 1942 sollte also ein »Kriegszug um das Öl« werden, wie es Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker Mitte Januar 1942 notierte.

»Wenn ich das Öl von Maikop und Grosny nicht bekomme, dann muss ich diesen Krieg liquidieren.«

Hitler beim Heeresgruppenkommando Süd in Poltawa am 1. Juni 1942

Seit Herbst 1941 befasste sich das Oberkommando des Heeres (OKH) mit einer möglichen Kaukasus-Offensive. Im Auftrag des Generalstabes erarbeitete schließlich das Heeresgruppenkommando Süd im Februar 1942 einen Operationsplan für die Sommeroffensive. Auch wenn die Planungsmaschinerie anlief, so ist nicht zu übersehen, dass sich im Heer auch kritische Stimmen gegen Hitlers Pläne regten. Von einem Verzicht auf die Operation, von einer Rücknahme der Front, auch von einem Friedensschluss war die Rede. Zudem kritisierten vor allem die Logistiker die Ignoranz Hitlers gegenüber den ökonomischen Sachzwängen bei einer derart weiträumigen Operationsplanung. All diese Kritiken hatten eine Gemeinsamkeit: Sie boten für Hitler keine überzeugende Alternative.

Weisung Nr. 41

Am 5. April 1942 erließ Hitler die Weisung Nr. 41 mit den Zielen für die Sommeroffensive, den Fall »Blau«. Den zuvor vom Wehrmachtsführungsstab vorgelegten Entwurf hatte Hitler persönlich redigiert und in Teilen neu geschrieben.

Die Hauptoperation im Südabschnitt, geführt von der Heeresgruppe Süd unter Generalfeldmarschall Fedor von Bock, sollte zunächst den Gegner westlich des Don vernichten, um dann den Durchbruch in den Kaukasus zu erzwingen. Aufgrund der begrenzten Kräfte konnte die Operation nur in von Nord nach Süd gestaffelten Angriffen erfolgen. Zunächst sollte auf dem linken Flügel aus dem Raum Kursk in einem Umfassungsangriff die Stadt Woronesch am Don genommen werden (»Blau I«). Während die Infanterie am Don eine Abwehrfront aufzubauen hatte, sollten die gepanzerten Kräfte entlang des Don nach Süden vorstoßen, unterstützt von einem Angriff aus dem Raum Charkow, um so weitere gegnerische Kräfte zu umfassen und zu vernichten (»Blau II«). Daraufhin sollten sich die den Don abwärts stoßenden Kräfte mit dem aus dem Raum Taganrog nach Osten angreifenden Südflügel bei Stalingrad vereinigen (»Blau III«). Und schließlich, allerdings in der Weisung noch nicht ausgeplant, war der Stoß über den Don nach Süden zum eigentlichen Operationsziel, dem Kaukasus, vorgesehen (»Blau IV«). Neben der Offensive im Süden sollte im Norden Leningrad genommen und eine Landverbindung zu Finnland hergestellt



Generalfeldmarschall Fedor von Bock, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd (später Heeresgruppe B).

werden. Die Heeresgruppe Mitte hatte in der Abwehr zu bleiben. Zudem sollte durch vorherige Angriffe die Front zunächst bereinigt und gefestigt werden.

Neben dem Kräftermangel zeigen die aufeinander aufbauenden Operationsphasen ein zweites Grundproblem der Offensive: ihre Komplexität. Zudem waren die Distanzen gewaltig, was die Versorgungslage strapazierte. Die Weite des Vorstoßes bedeutet automatisch auch eine zunehmende Flanke, die ausreichend gesichert werden musste. Auch unter den besten Bedingungen war dies eine schwierige Operation.

Stalins Lagebeurteilung

Am 19. Juni 1942 schossen die Sowjets ein deutsches Aufklärungsflugzeug ab. An Bord befand sich Major Joachim Reichel, Erster Generalstabsoffizier der 23. Panzer-Division, der detaillierte Unterlagen der geplanten Offensive bei sich hatte. Sie widersprachen der Lagebeurteilung Stalins und des sowjetischen Generalstabes, die mit einer erneuten Offensive gegen Moskau rechneten. Im Kaukasus erwarteten sie nur einen Nebenstoß. Stalin hielt die deutschen Pläne für ein Täuschungsmanöver, um Kräfte von Moskau abzuziehen. Er hatte erneut nachrichtendienstliche Berichte ignoriert, die Hinweise zum Südabschnitt als deutschen Angriffsschwerpunkt sowie zum deutschen Öldefizit lieferten.

Das angeschlagene Ostheer

Im Frühjahr 1942 war das deutsche Ostheer nur noch ein Schatten dessen, das im Juni 1941 die Sowjetunion überfallen hatte. Zwar konnte es im Winter 1941/42 noch einen beachtlichen Abwehrerfolg gegen die sowjetische Gegenoffensive erreichen, doch war es substantiell angeschlagen: Bis Ende März 1942 hatte es über 1,1 Millionen Mann an Verlusten zu beklagen, also etwa ein Drittel seiner ursprünglichen Stärke. Höchstens fünf Prozent der Divisionen waren voll einsatzbereit. Der Bestand der Infanteriedivisionen war teils unter 50 Prozent gesunken. Diese Personallücken schließen zu können, war illusorisch. Die-

ser Schwund betraf auch die Qualität: Durch den Ausfall von erfahrenem Führungspersonal sank die Kampferfahrung in den Verbänden. Zudem herrschte ein Mangel an Spezialisten.

Die materielle Lage war ebenfalls defizitär. Am schlimmsten waren die Ausfälle an Radfahrzeugen, nicht viel besser sah es bei den Panzern aus. Instandsetzungen und Neufertigungen konnten die bisherigen Verluste nicht ausgleichen. Aufgrund der Weite des Raumes und des schlechten Zustands des Versorgungsnetzes litt die Logistik unter begrenzten Transportkapazitäten sowie

einer mangelhaften Treibstofflage. Auch der Munitionsbedarf war durch Neuproduktionen nicht zu decken. Die Kernelemente des Kampfes, insbesondere des Bewegungskrieges, Beweglichkeit und Feuerkraft, waren damit erheblich eingeschränkt.

Für die Offensive der Heeresgruppe Süd waren etwa 70 Divisionen vorgesehen. Davon mussten allerdings über die Hälfte erst noch herangeführt werden, was nicht ohne Schwierigkeiten ablief. Von diesen neuen Divisionen waren wiederum die Hälfte verbündete Verbände. Sie sollten die deutschen Ver-



Hitler bei einer Lagebesprechung im Hauptquartier der Heeresgruppe Süd in Poltawa am 1. Juni 1942.



luste von 1941 ausgleichen. Ohne sie wäre eine Offensive 1942 nur schwer möglich gewesen. Allerdings waren sie größtenteils noch schlechter ausgestattet und unerfahrener. Insgesamt waren Stärke und Zustand der deutschen und verbündeten Kräfte völlig ungenügend für eine solch weiträumige Offensive.

Der sowjetische Gegner

Hitler war überzeugt, die Sowjetunion befände sich an der Grenze ihres ökonomischen und militärischen Leistungsvermögens. Die deutsche Feindaufklärung hatte zudem das Potential des sowjetischen Gegners falsch beurteilt. Die tatsächliche Stärke der Panzer, Artillerie und Flugzeuge lag um das Drei- bis Vierfache höher als die Schätzungen.

Zwar hatte die Rote Armee bis zum Frühjahr 1942 erhebliche Verluste zu verzeichnen, etwa fünf Millionen Soldaten, allerdings konnten diese durch ein für die Deutschen gefühlt unbegrenztes Potential an wehrfähiger Bevölkerung viel leichter kompensiert werden. Die Kriegsproduktion lief trotz Gebietsverlusten durch nach Osten verlegte Industriestätten weiter. Ab 1942 begann in der

Roten Armee auch allmählich ein Umdenken im taktisch-operativen Konzept im Sinne eines modernen Bewegungskrieges. Die taktische Unterlegenheit gegenüber der Wehrmacht konnte sie jedoch nicht so schnell ausgleichen.

»Blau I« – Vorstoß zum Don

Die Voroperationen der eigentlichen Hauptoffensive – das waren auf der Krim die Besetzung der Halbinsel Kertsch sowie die Eroberung der Festung Sewastopol und südlich von Charkow die Bereinigung des sowjetischen Frontbogens – verliefen erfolgreich, dauerten aber länger als vorgesehen und verzögerten deshalb den Beginn der Sommeroffensive.

Am 28. Juni stieß schließlich nördlich von Kursk die Armeegruppe Weichs (2. Armee, 4. Panzer-Armee und ungarische 2. Armee) zum Don vor. Die erste Phase der Offensive hatte begonnen. Die 4. Panzer-Armee, unterstützt von der Luftwaffe, überrannte am ersten Tag regelrecht die sowjetischen Stellungen und konnte am 4. Juli mehrere Brückenköpfe über den Don bilden. Nördlich davon baute die 2. Armee eine Abwehr-

linie zum Flankenschutz auf, die in den folgenden Wochen immer wieder zum Ziel letztlich vergeblicher sowjetischer Gegenangriffe wurde. Nördlich von Charkow begann am 30. Juni der Angriff der 6. Armee, quasi als rechter Zangenarm der Umfassung. Auch sie durchbrach die sowjetischen Linien. Da sie nur auf geringen Widerstand stieß, schien sich der durch die nördlichen Angriffe bedrängte Gegner im Ausweichen zu befinden. Teile der 6. Armee konnten am 4. Juli eine Verbindung zur Armeegruppe Weichs herstellen.

Die 4. Panzer-Armee stieß weiter auf Woronesch vor. Doch entgegen der Weisung Nr. 41 war die Einnahme der Stadt für Hitler und das OKH nun nicht mehr von Bedeutung. Zügig sollten Infanterie-Divisionen am Don sichern, sodass die schnellen Verbände nach Süden stoßen konnten. Deutsche Truppen besetzten dennoch die Stadt. Die Panzerkräfte waren noch für längere Zeit dort gebunden. Zum einen verzögerte sich die Heranführung der Infanterie und zum anderen zeichnete sich auch eine Konzentration sowjetischer Kräfte gegen die Flanken der 4. Panzer-Armee ab. Dieser Zeitverlust erzeugte Unmut bei Hitler

und Halder – der Anfang einer schwerwiegenden Führungskrise.

Allerdings lag das wirkliche Problem nicht in Bocks operativer Entscheidung bei Woronesch, die bei der gegnerischen Bedrohung nachvollziehbar war. Erst der grundsätzliche Mangel an schnellen Verbänden führte zu einer Entweder-Oder-Diskussion um das Abziehen der Panzerkräfte – ein stetiges Dilemma der Offensive.

Das sowjetische Oberkommando hatte indes den deutschen Hauptstoß erkannt und verstärkte seine Verbände. Zwei neue Fronten (sowjetische Heeresgruppen) wurden zur Verteidigung des Don sowie von Stalingrad aufgestellt.

»Blau II« – die Verfolgung

Am 7. Juli erfolgte die Aufteilung der Führung des Südabschnitts. Bocks Heeresgruppe Süd wurde zur Heeresgruppe B (Armeegruppe Weichs und 6. Armee). Zusätzlich wurde südlich davon die Heeresgruppe A von Generalfeldmarschall Wilhelm List eingeschoben, die den Oberbefehl über die 11. und 17. Armee, die 1. Panzer-Armee sowie die italienische 8. Armee übernahm. Hier

nahm die Abkehr von der operativen Grundidee von »Blau« ihren Anfang.

Zwei Tage später trat die Offensive in ihre zweite Phase ein. Die 1. Panzer-Armee griff über den Donez nach Osten an und sollte sich mit der aus Norden vorstoßenden 6. Armee vereinigen. Als beide Armeen, ohne auf nennenswerten Widerstand gestoßen zu sein, südlich und nördlich von Starobelsk an der Ajdar standen, war erneut klar geworden: Der Gegner hatte sich absetzen können. Das hatte Bock schon vorher vermutet. Am 7. Juli schrieb er in sein Tagebuch, das OKH »möchte einen Gegner einkesseln, der nicht mehr da ist«. Das OKH befahl am 11. Juli eine Erweiterung der Umfassung im Raum Millerowo, in der Hoffnung, den Gegner noch westlich der Kalitwa abzufangen.

Bock zweifelte am Sinn der weiteren Verfolgung, die seiner Meinung nach vom OKH zu stark in die Mitte des Gegners getrieben werde. Er plädierte für eine Stärkung des Flügels im Osten. Hitler hatte nun genug. Er entband Bock von seinem Oberbefehl und unterstellte die 4. Panzer-Armee der Heeresgruppe A. Am 13. Juli befahl Hitler, schnellstens zur Donez-Mündung vorzustoßen,

Übergänge über den Don zu schaffen und durch einen weiteren Stoß auf Rostow ein Ausweichen des Gegners über den Don nach Süden zu verhindern. Damit wich er deutlich von der ursprünglichen operativen Planung ab: Der Schwerpunkt lag jetzt bei der Heeresgruppe A, deren beide Panzer-Armeen nach Südwesten abdrehten. Zudem band Hitler die Operation noch stärker an sich.

Bei Millerowo konzentrierten sich nun die deutschen Armeen. Die Stadt konnte eingenommen werden, doch die Auffangkräfte im Osten waren zu schwach sowie durch Treibstoffmangel in ihrer Beweglichkeit eingeschränkt, sodass der ausweichende Gegner wieder nicht entscheidend gestellt werden konnte. Die Gefangenenzahlen waren gering. Damit endete »Blau II« in einem »Luftstoß«, wie Bock es schon am 8. Juli vorhergesehen hatte.

Erneuter »Luftstoß« bei Rostow

Am 17. Juli präziserte Hitler seine Vorgaben: In einer Umfassungsoperation gegen Rostow sollten die letzten Kräfte des Gegners zwischen Donez und Don



Maschinengewehrschütze der Wehrmacht am Westufer des Don, August 1942.



gefasst sowie anschließend mehrere Brückenköpfe über den Don für die folgende Kaukasus-Operation geschaffen werden. Nur mit einer kleinen Kräftegruppierung sollte, quasi im Nebenstoß, die Landbrücke zwischen Don und Wolga gewonnen werden. Die Einnahme von Stalingrad war noch nicht zwingend vorgesehen, sofern nur die Wolga gesperrt würde. Der klassische Umfassungsangriff auf

Rostow verlief ohne Komplikationen. Die Stadt konnte am 23. Juli eingenommen und daraufhin Übergänge über den Don geschaffen werden. Doch der Angriff kam zu spät und traf nur auf sowjetische Nachhuten. Es war ein weiterer »Luftstoß«. Zudem ließ die Verlagerung des Schwerpunktes auf Rostow der Roten Armee genügend Zeit, ihre Abwehr an der Wolga zu verstärken.

Obwohl die Wehrmacht Raumgewinne erzielen konnte, gelang es ihr nicht, wesentliche sowjetische Truppen diesseits des Don zu vernichten. Auch eine eigene Abwehrfront an der Wolga schien in weite Ferne gerückt. Damit waren aber die Voraussetzungen für den Hauptstoß in den Kaukasus im Grunde nicht geschaffen worden und der Fall »Blau« schien zu scheitern.

Die doppelte Offensive

Am 23. Juli erließ Hitler seine Weisung Nr. 45. Die Realität verkennend nahm er an, dass die »gesteckten Ziele im wesentlichen erreicht« und »nur schwächere feindliche Kräfte« entkommen seien. Um den angeblichen Erfolg auszunutzen, befahl er, die ursprünglich zeitlich gestaffelte dritte und vierte Phase von »Blau« zu einem parallelen Vorgehen zusammenzufassen. Das bedeutete jedoch eine Zersplitterung der Kräfte und eine Auffächerung der Offensive in zwei auseinanderlaufende Teiloperationen an die Wolga einerseits und in den Kaukasus andererseits – ein operativer Genickbruch.

Die Heeresgruppe A sollte erstens im Stoß bis nach Batumi die gesamte Ostküste des Schwarzen Meeres einnehmen, zweitens in der Mitte über den Kuban angreifen und das Höhengelände von Maikop sowie die Pässe des Westkaukasus besetzen und drittens mit schnellen Verbänden den Raum Grosny gewinnen, die Ossetische und Grusinsche Heerstraße sperren und entlang der Westküste des Kaspischen Meeres weiter bis nach Baku vorstoßen (Unterneh-

men »Edelweiß«). Die Heeresgruppe B sollte zum Schutz der Kaukasus-Operation unverändert die Abwehrfront am Don halten, nun auch Stalingrad selbst einnehmen sowie schließlich entlang der Wolga bis Astrachan vorstoßen (Unternehmen »Fischreiher«).

Bei den sowieso schon mangelnden Ressourcen klappte die Schere zwischen Kräfteansatz und anvisiertem Raumgewinn nun immer weiter auseinander. Es wurde kein wirklicher Schwerpunkt gebildet; beide Heeresgruppen waren für ihre Aufträge zu schwach. Auch die ohnehin schon problematische Logistik konnte beide Teiloffensiven nicht gleichmäßig versorgen.

In den Kaukasus

Der rechte Flügel stieß bis Anfang August zur Eja vor, in der Mitte war Salsk und links Proletarskaja erreicht und damit die Bahnlinie nach Stalingrad unterbrochen. Der Widerstand war gering. Der Gegner setzte sich im hinhaltenden Kampf weiter ab, begünstigt durch das von Flussläufen zerschnittene Gelände. Noch zeigten sich die Auswirkungen von Stalins Befehl Nr. 227 (»Nicht einen

Schritt zurück!«) vom 28. Juli nicht. Der sowjetische Diktator konnte sich nie so recht mit der Idee einer elastischen Abwehr anfreunden.

Schon früh änderte Hitler allerdings erneut die Operationsführung: Die 4. Panzer-Armee wurde am 30. Juli wieder der Heeresgruppe B unterstellt, um bei Stalingrad zum Einsatz zu kommen. Zusätzlich verlegte die Masse der 11. Armee nach der Eroberung Sewastopols von der Krim in den Nordabschnitt der Ostfront vor Leningrad. Später sollte auch die rumänische 3. Armee herausgelöst werden, sodass dann nur noch zwei Armeen zur Verfügung standen. Die eigentliche Hauptoffensive in den Kaukasus begann daher schon früh immer mehr zu einer Nebenoperation zu verkommen. Die Meinung im Führerhauptquartier hatte sich geändert: Das »Schicksal des Kaukasus werde bei Stalingrad entschieden«.

Ab Mitte August verstärkte sich der sowjetische Widerstand. Zwar konnte noch die Ölstadt Maikop eingenommen sowie in die Küstenstadt Noworossisk eingedrungen werden, auf dem Elbrus wehte das Hakenkreuz, doch geriet die Offensive immer mehr ins Stocken. Im



»Wir werden den Kaukasus verteidigen!« Sowjetisches Propagandaplakat von 1942.



Heritage-Images/Keystone Archives/akg-images

Nachgestellte Szene für die Propaganda: Deutsche Soldaten hissen die Reichskriegsflagge auf dem Gipfel des Elbrus, September 1942.

Zuge einer erneuten Führungskrise entließ Hitler List und übernahm selbst den Oberbefehl über die Heeresgruppe A. Die 17. Armee sollte nun Tuapse erobern und an der Küstenstraße nach Suchumi vorrücken. Die 1. Panzer-Armee hatte Grosny einzunehmen und weiter nach Süden zu stoßen. Mehrere Angriffe auf Tuapse scheiterten; im Westkaukasus gab es kein Durchkommen. Im Osten gelang der Übergang über den Terek bei Mosdok sowie im Oktober eine Einschließungsoperation bei Naltschik. Doch der folgende Panzervorstoß auf Ordschonikidse brach nicht durch. Der Weg nach Grosny war damit versperrt und dies bedeutete letztlich ein Scheitern der Kaukasus-Offensive im November 1942.

Vorstoß nach Stalingrad

Anfangs nur von nachrangiger Bedeutung wurde der Angriff auf Stalingrad zum Schwerpunkt der Sommeroffensive 1942. Die Entscheidung dazu kam bei den ständig wechselnden Operati-
onsideen Hitlers allerdings zu spät. Die

Rote Armee hatte dadurch Zeit, eine neue Front vor Stalingrad aufzubauen. Für die Offensive zur Wolga war zunächst nur die 6. Armee vorgesehen. Der Rest der Heeresgruppe B sicherte die angewachsene Frontlinie am Don.

Der anfänglich zügige Vormarsch zum Don-Bogen verlangsamte sich. Panzervorstöße blieben aufgrund Treibstoffmangels teils für mehrere Tage liegen. Zudem hatte die Rote Armee bereits westlich des Don eine Abwehrlinie aufgebaut. Es kam zu langwierigen Kämpfen mit erheblichen Verlusten für die 6. Armee, die in der Folge nicht mehr ersetzt werden konnten. Den deutschen Divisionen gelang es dennoch, bis Mitte August den Don-Bogen zu nehmen und dabei auch Teile der sowjetischen Verteidiger einzukesseln. Allerdings hielt die Rote Armee weiterhin Brückenköpfe am Don, welche die Nordflanke der 6. Armee bedrohten.

Neben den bisherigen Verlusten war die 6. Armee auch durch eine notwendige Abstellung von Kräften zur Sicherung entlang des Don zunehmend in ihrer Angriffskraft geschwächt. Vom Don-Bogen aus rückte sie auf Stalingrad vor. Aus Südwesten folgte nun auch die 4. Panzer-Armee. Am 23. August erreichte die gepanzerte Spitze der 6. Armee nördlich von Stalingrad die Wolga und drang in die Vororte ein. Die Luftwaffe begann mit einer massiven Bombardierung der Stadt. Anfang September war der Verteidigungsring vor der Stadt durchbrochen und auch die 4. Panzer-Armee hatte sich an den südwestlichen Stadtrand herangekämpft.

Mitte September begann der Großangriff auf Stalingrad. Es folgten mehrere Monate harten Stadtkampfes. Dieser war durch andere Dimensionen geprägt als der bekannte motorisierte Bewegungskrieg. Es war ein Kampf auf der untersten taktischen Ebene. Es waren nicht Divisionen, die Kilometer vorstürmten, sondern kleinere Gruppen, die sich Meter für Meter vorkämpften. Es ging nicht um Regionen, es ging um Stadtviertel, um Häuser. Bis Mitte November war Stalingrad fast vollständig in deutscher Hand. Doch der Preis dafür war zu hoch: Die Kräfte der 6. Armee waren verschlissen.

Neben den hohen Verlusten im Stadtkampf und der unzureichenden Versorgung waren vor allem die weitgehend entblößten Flanken zur Achillesferse der Heeresgruppe B geworden, die zudem über keine operativen Reserven mehr verfügte. In dieser Phase der Schwäche zeichnete sich ein Gegenschlag der Roten Armee ab.

Das Ende an der Wolga und am Terek

Der 18. November 1942 markierte das Ende der Offensive im Südabschnitt, die im Sommer begonnen hatte und eigentlich die Entscheidung im Osten herbeiführen sollte. Am nächsten Tag startete die Gegenoffensive der Roten Armee. An deren Ende stand die Einschließung und Vernichtung der 6. Armee bei Stalingrad sowie der Rückzug aus dem Kaukasus im Winter 1942/43.

Das Scheitern der Sommeroffensive wurzelte bereits in ihrer Anlage: Der Operationsplan war zu komplex, die Räume zu weit, die Kräfte dafür viel zu gering. Der gleichzeitige Vorstoß zur Wolga und in den Kaukasus litt unter einem Missverhältnis zwischen Mitteln und Zielen und überdehnte damit die operativen und logistischen Möglichkeiten der Wehrmacht. Zudem führte das zunehmende Mikromanagement Hitlers zur Einschränkung der Eigenständigkeit auf dem Gefechtsfeld. Der deutsche Bewegungskrieg hatte in den Weiten der Sowjetunion seine Grenzen gefunden und das Deutsche Reich damit endgültig die strategische Initiative verloren.

Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im
Forschungsbereich Militär-geschichte bis
1945 im ZMSBw.

Literatur-tipp

Bernd Wegner, *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43*. In: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 6: *Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943*. Hrsg. vom Militär-geschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1990, S. 759–1102.



ulstein bild - Haackel Archiv

Die Ostpreußenreise Paul von Hindenburgs 1922

Von Dennis Werberg

Es könnte eine Fotografie aus den Jahren des Ersten Weltkrieges sein: Generalfeldmarschall Paul von Beneckendorff und von Hindenburg in alter königlich-preußischer Uniform mit der »Pickelhaube« auf dem Haupte und mit zahlreichen Kriegsauszeichnungen an der Brust, schreitet die Front einer Formation Soldaten auf dem Appellplatz einer Kaserne in Königsberg ab. Er wird von hochdekorierten Offizieren begleitet, die, wie auch die Soldaten, den charakteristischen Stahlhelm M16 tragen. Aber: Sie sind mit der neuen Uniform der Reichswehr bekleidet. Tatsächlich hat der hier anwesende Pressefotograf diese Szene im Sommer 1922 im Zusammenhang mit der Reise Hindenburgs nach Ostpreußen eingefangen. Die angetretenen Soldaten, die den Generalfeldmarschall hier empfangen, waren als Angehörige der Reichswehr Teil neuer deutscher Streitkräfte in der Demokratie, die sich in den turbulenten Nachkriegsjahren gerade konsolidierten. Der ehemalige Chef der Obersten Heeresleitung Hindenburg war längst pensioniert und bereiste vom 20. Mai bis zum 15. Juni 1922 Ostpreußen, um die dortigen Schauplätze der Schlachten zu besuchen, die den ihn umgebenden Mythos begründeten. Auf seinen Fahrten kehrte er in die Städte ein, die ihm, dem »Retter Ostpreußens« von 1914, die Ehrenbürgerschaft verliehen hatten, und nahm die Huldigung der örtlichen Bevölkerung entgegen. Ihren Höhepunkt sollte die Reise in einer Großveranstaltung am 11. Juni in Königsberg mit einem Fackelzug und einem Feldgottesdienst mit 120 000 Teilnehmern erreichen.

Hierbei handelte es sich jedoch nicht um rein private Vergnügungsfahrten eines rüstigen Pensionärs, sondern um ein wahres Politikum. Wenige Tage nach Hindenburgs Ankunft in Ostpreußen forderten sowohl der preußische Ministerpräsident Otto Braun als auch der preußische Innenminister Carl Severing, dass der Reichswehr eine Teilnahme an den Veranstaltungen zu Ehren des ehemaligen Feldmarschalls verboten werden sollte. Beide Sozialdemokraten bewerteten die Reise zu Recht als deutschnationale Propagandafahrt, die gegen die Republik gerichtet war. Hierfür sprach, dass Hindenburg nicht nur ausschließlich bei reaktionär gesinnten Großgrundbesitzern übernachtete, sondern auch von Vertretern der weit rechtsstehenden, republikfeindlichen Verbände begeistert aufgenommen wurde. Das preußische Innenministerium

hatte den Behörden eine Teilnahme untersagt und auch Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) als Oberbefehlshaber verbot eine offizielle Beteiligung der Reichswehr. Es galt, deren Ansehen als Streitkräfte der jungen Republik gerade in Arbeiterkreisen zu heben. Dennoch gestattete der national-liberale Reichswehrminister Otto Geßler Soldaten die private Teilnahme, da sich das Reichsinnenministerium nicht in der Lage sah, die Versammlungen als politisch zu charakterisieren – was für ein allgemeines Verbot notwendig gewesen wäre. Daher erhob Geßler bei einer Anfrage des zuständigen Wehrkreiskommandos keine Einwände gegen die außerdienstliche Teilnahme einzelner Reichswehrangehöriger. Hiermit erregte er jedoch den Widerwillen Eberts, der den Minister ermahnte, sich an die mit ihm getroffene Verabredung zu halten. Hierbei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass Hindenburg auf seinen Reisen von weiten Bevölkerungskreisen mit Begeisterung empfangen wurde, während dem Reichspräsidenten bei seinen Besuchen oftmals Ablehnung oder gar Feindseligkeit entgegenschlug. Hindenburgs Auftritte erinnerten an die »Kaiserreisen« vergangener Zeiten und warfen ein unvorteilhaftes Licht auf das Staatsoberhaupt der jungen Republik.

Erst wenige Tage vor der Großveranstaltung in Königsberg erklärten die preußischen Behörden und das Reichsinnenministerium diese für politisch, worauf ein allgemeines Verbot an die Reichswehr erging, sich zu beteiligen. Ausgenommen blieben interne militärische Veranstaltungen wie die Parade in der Pionierkaserne in Königsberg, in der das abgebildete Foto entstand. Am Rande war es zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen, als linke Gegendemonstranten mehrere Soldaten des Artillerieregiments 1 angriffen, die sich auf dem Marsch zur Kaserne befanden. Als die Angreifer versuchten, die Soldaten zu entwaffnen, setzten sich diese mit Gewehrkolben und Bajonetten zu Wehr. Es fielen Schüsse. Am Ende des Tages waren ein Toter und fünf Verletzte zu beklagen. Ein Verfahren gegen die Soldaten wurde eingestellt, da kein Fehlverhalten ihrerseits festgestellt werden konnte. Hindenburgs Popularität, die sich bei seinen Reisen zeigte, führte ihn 1925 schließlich zum Amt des vom direkt Volk gewählten Reichspräsidenten, das er bis zu seinem Tode 1934 innehaben sollte. ■

Sterben nicht vorgesehen?

Trauer- und Gedenkkultur in der Bundeswehr

Seit den ersten Jahren ihres Bestehens hatte die Bundeswehr wiederholt den Tod von Soldaten zu beklagen. Amtliche militärische Formen des Umgangs damit fehlten jedoch. Erst im Zuge des ISAF-Einsatzes begann sich eine eigene Trauer- und Gedenkkultur herauszubilden.

Von Julia Katharina Nordmann



Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Eberhard Zorn, gedenkt gefallener und zu Tode gekommener Soldaten im Ehrenhain des Feldlagers Mazar-e Sharif (Afghanistan) im Rahmen seines Truppenbesuchs am 4. November 2019.

Am 2. April 2010, einem Karfreitag, entdeckte eine Bundeswehr-Patrouille in der nordafghanischen Provinz Kunduz Sprengfallen am Straßenrand. Kaum hatten die Soldaten vom Fallschirmjägerbataillon 373 mit der Entschärfung begonnen, wurden sie von Kämpfern der Taliban mit Handfeuerwaffen und Panzerfäusten attackiert. Die Deutschen erwiderten das Feuer und waren mit einem Mal in erbitterte Kampfhandlungen verwickelt – standen mitten im Krieg.

Bei diesem Kampf, der als Karfreitagsgefecht in die Geschichte einging, hatte die Bundeswehr ihre bisher höchsten Verluste in Kampfhandlungen zu beklagen: Drei Soldaten waren tot, acht weitere verwundet. Nach ihrer Überführung wurden die Gefallenen in der Heimat offiziell geehrt. Zahlreiche Vertreter aus Politik und Gesellschaft nahmen an der öffentlichen Gedenkfeier am 9. April 2010 in der St.-Lamberti-Kirche in Selsingen teil. Neben Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) würdigte auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) die Gefallenen von Kunduz. In Berlin erinnert das Ehrenmal der Bundeswehr an sie und bewahrt sie vor dem Vergessen: Martin Augustyniak. Nils Bruns. Robert Hartert.

Trauer und öffentliche Erinnerung

Eine Armee und eine Gesellschaft, die um ihre toten Soldaten trauern, diese ehren und öffentlich an sie erinnern – das ist normal. In der Bundeswehr und in Deutschland allerdings war dies bis Anfang der 2000er Jahre anders. Eine offizielle, öffentliche Trauer- und Gedenkkultur für die Toten der Bundeswehr existierte nicht. Sie selbst schien sogar, zugespitzt formuliert, auf Abstand zu ihren Toten zu gehen.

Aber weshalb war das so? Warum diese Distanz? Und weshalb konnte sich fast ein halbes Jahrhundert lang keine Trauer- und Gedenkkultur für die im Dienst getöteten Soldaten entwickeln?

Die Gründe hierfür sind vielfältig: der Zweite Weltkrieg, die katastrophale Niederlage, Millionen von Kriegstoten, aber auch die schwierige Aufbauphase der

Bundeswehr. Bis Mitte 2022 waren mehr als 3300 Bundeswehrsoldaten in Ausübung ihres Dienstes ums Leben gekommen, 115 von ihnen in den Auslandseinsätzen nach 1992. 37 dieser Soldaten sind dabei gefallen. Jahrzehntlang veröffentlichte die Bundeswehr die Zahl ihrer Toten nicht. Erst 2009 gab sie einen Einblick.

Dabei ereigneten sich die ersten Todesfälle bereits 1956. 1962 starben 166 Soldaten im Dienst, mehr als in jedem anderen Jahr. Noch bis in die 1970er Jahre blieben die Opferzahlen hoch, denn zahlreiche Flugzeugabstürze, Unfälle, aber auch einige der schwersten Unglücksfälle der Bundeswehrge-

schichte fielen in diese Zeit. Nach solchen Vorfällen kehrte die Bundeswehr schnell zur Normalität zurück.

Ihr Versprechen, den im Dienst getöteten Soldaten ein dauerhaft »ehrendes Andenken« zu bewahren, verhallte schon bald nach den internen Totenfeiern in den behelfsmäßig zu Trauerhalten umfunktionierten Räumlichkeiten der Kasernen, Truppenübungsplätze und Fliegerhorste.

Der Tod eigener Soldaten war bei der Gründung der Bundeswehr 1955 gewissermaßen strukturell nicht vorgesehen. Als im Juni 1957 fünfzehn Rekruten des Luftlandejägerbataillons 19 aus Kempten während einer Übung in der reißenden



Kranzniederlegung am Ehrenmal der Bundeswehr im BMVg in Berlin zur Würdigung des Afghanistan-Einsatzes am 13. Oktober 2021.

Bundeswehr/Torsten Kraatz

den Strömung der Iller ertranken, existierte nicht einmal ein verbindliches Trauerzeremoniell. Die eilig organisierte Trauerfeier auf dem Hof der Prinz-Franz-Kaserne wurde zur Blaupause für Totenfeiern in der Bundeswehr und damit zum Ausgangspunkt einer für Jahrzehnte ausschließlich internen Trauer- und Gedenkkultur.

So erließ Generalinspekteur General Adolf Heusinger nach dem Kemptener Vorbild 1959 erstmals entsprechende Richtlinien, die aber erst 1967 Teil der Zentralen Dienstvorschrift 10/8 (ZDv 10/8) wurden. Sie regelten in erster Linie den unmittelbaren Abschied der Truppe von ihren getöteten Kameraden. Mit den Rahmenbedingungen eines dauerhaften Erinnerns an die Toten beschäftigten sie sich nicht.

Von Beginn an war der Tod eigener Soldaten ein heikles Thema für die Bundeswehr, weil die Todesfälle ihr Bild in der Öffentlichkeit trübten und so zur gesellschaftlichen Schwächung der Bundeswehr beitragen – einer Armee, deren Aufstellung höchst umstritten gewesen war und die permanent um Akzeptanz ringen musste.

In der Anfangszeit waren die Unfallopfer paradigmatisch für die inneren Prob-

leme der Streitkräfte. Denn ihr Tod spiegelte die strukturellen und personellen Probleme der jungen Bundeswehr wider: zu wenig qualifiziertes und unerfahrenes Führungspersonal sowie veraltete, fehlerhafte oder noch nicht ausgereifte Technik. Aus diesem Grund bestand in der Führung der Bundeswehr kaum Interesse, der im Dienst getöteten Soldaten offiziell und »öffentlichkeitswirksam« zu gedenken.

Insbesondere nach der deutschen Einheit und durch die Auslandseinsätze im Rahmen von UNO, WEU und NATO sah sich die Bundeswehr mit neuen Problemen konfrontiert. Denn im Ausland getötete deutsche Soldaten könnten die gesellschaftliche Akzeptanz für die Teilnahme der Bundeswehr an diesen Einsätzen bedrohen. Daher vermied man bis in die 2000er Jahre hinein öffentliche Trauerfeiern sowie ein dauerhaftes Gedenken für die bei der Erfüllung ihres Auftrages ums Leben gekommenen Soldaten.

Das Fehlen amtlicher militärischer Trauer- und Gedenkformen hatte aber noch andere Gründe. Diese hingen eng mit den »Geburts Umständen« der Bundeswehr zusammen. Geprägt durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges

und angesichts der drohenden atomaren Massenvernichtung während des Kalten Krieges schufen reformorientierte Offiziere um Wolf Graf von Baudissin Anfang der 1950er Jahre die Führungsphilosophie der »Inneren Führung« mit dem Leitbild des »Staatsbürgers in Uniform«. Jedes aufwändige Zeremoniell lehnten sie ab, »Armee ohne Pathos« hieß die Devise. Ebenso wurden Trauerzeremonien, Gedenkformen und die Errichtung von Denkmälern abgelehnt – alles, um die Bundeswehr vom Heldenkult der Nationalsozialisten radikal abzugrenzen. Diese tendenzielle Ausgrenzung des Soldatentodes prägte von Anfang an das Verhältnis der Bundeswehr zu ihren getöteten Soldaten. Denn so entfiel die Notwendigkeit, offizielle Formen der Würdigung und des Gedenkens zu etablieren.

Wehrmachtserbe

Diese Lücke machte sich ein anderer militärischer Totenkult zunutze. Den ehemaligen Wehrmachtssoldaten, sowohl denen, die seit 1955 in der Bundeswehr dienten, wie auch jenen, die sich ab 1949 in zahlreichen Veteranenverbänden organisierten, gelang es, ihre



Am 3. Juni 1957 ertranken 15 Rekruten des Luftlande-Jägerbataillons 19 beim Überqueren der Iller. Das Bild zeigt Soldaten an der Unglücksstelle bei der Suche nach Überlebenden.

gefallenen Wehrmacht Kameraden von der Bundeswehr würdigen zu lassen, so etwa bei Gedenkveranstaltungen oder Beerdigungen.

Bis in die 1970er Jahre entstand so, durch enge Zusammenarbeit von Veteranenverbänden und ehemaligen Wehrmichtsangehörigen in Führungspositionen der Bundeswehr, eine Vielzahl von Gedenkstätten. Manche wurden auf Liegenschaften der Bundeswehr errichtet, andere im öffentlichen Raum. Der erste Traditionserlass von 1965, der zur Würdigung der soldatischen Leistung und des persönlichen Opfers ehemaliger Wehrmichtsoldaten aufforderte, verlieh dieser Form des Gedenkens einen quasi-offiziellen Charakter.

Die Gedenkveranstaltungen der ehemaligen Wehrmichtsoldaten verfolgten aber noch eine andere Absicht. Denn ihr ehrendes Totengedenken und die Würdigung der militärischen Leistungen der Gefallenen sollten auch der Rehabilitation ihres Verhaltens im Krieg dienen. Zudem sollte so die jeweilige Truppenidentität von Soldaten der Bundeswehr mit den Leistungen und Opfern ihrer Vorgänger verbunden werden. Die Toten der Bundeswehr allerdings, die ja zu dieser Zeit keine Kriegs-, sondern Unfallopfer waren, schlossen die Wehrmachtveteranen weitgehend von ihrer Totenehrung aus.

Bundeswehrgedenken

Ganz im Schatten dieser rückwärtsge wandten Erinnerungskultur steht von Anfang an das Gedenken von Bundeswehrsoldaten an ihre eigenen toten Kameraden. Es findet seinen Ausdruck zumeist in schlichten Tafeln, Steinen, Stelen und Kreuzen an Unfallstellen, auf Fliegerhorsten und in Kasernen, manchmal ergänzt durch Trümmer und Fragmente havarierten militärischen Geräts. Dies ist die früheste und für Jahrzehnte einzige Form des Totengedenkens für Bundeswehrsoldaten gewesen.

Im Vordergrund steht bei diesem bin-nemilitärischen Erinnern die persönliche Würdigung des Toten durch seine Kameraden – und eben nicht dessen öffentliche Ehrung.



Deutsche Soldaten der UNTAC-Mission in Kambodscha geleiten den Sarg des getöteten Sanitätsfeldwebels Alexander Arndt 1993.

Auch Namenspatronage ist Teil derselben. So ehrte die Luftwaffe 1977 Oberleutnant Ludger Hölker, der 1964 durch absichtlich verspätetes Auslösen des Schleudersitzes und damit durch die Opferung seines Lebens den Absturz seines Schulflugzeuges in eine Ortschaft verhinderte. Zu seinen Ehren wurde das Audimax in der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck nach ihm benannt. Mit Erich Boldt – der Feldwebel schirmte 1961 mit seinem Körper Kameraden gegen eine detonierende Granate ab – erhob das Heer 1992 erstmals einen getöteten Soldaten der Bundeswehr zum Namensgeber einer Kaserne, der Unteroffizierschule des Heeres in Delitzsch.

Das Ende des Kalten Krieges und der Beginn der Auslandsmissionen ab 1990 markierten eine grundlegende Zäsur für die Bundeswehr, für ihr Selbstverständnis und ihr Aufgabenspektrum – und vor

allem für ihren Umgang mit dem Tod von Soldaten. In dieser Zeit begannen auch grundlegende Debatten in der Bundeswehr, in der Verteidigungspolitik und in der Öffentlichkeit über die veränderte Ausrichtung des Soldatenberufes. Die Doktrin des Kalten Krieges »kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen«, war vorüber.

Seit 1990

Der erste deutsche Soldat, der nach 1945 im Rahmen eines Auslandseinsatzes sein Leben verlor, starb bereits 1993 im kambodschanischen Phnom Penh. Der Tod von Feldwebel Alexander Arndt warf zunächst kaum lösbare Fragen auf: Wie soll man im Ausland getötete Soldaten betrauern? Wie soll man sie würdigen? Und auf welche Weise ihrer gedenken?

1995 und anlässlich ihres 40. Geburtstages nahm sich die Bundeswehr dieser Fragen grundsätzlich an. Erstmals überhaupt wollte das Verteidigungsministerium intern die Zahl aller im Dienst getöteten Soldaten seit 1955 ermitteln. Und ebenfalls zum ersten Mal veranlasste es Befragungen, ob und wenn ja auf welche Weise Heer, Luftwaffe oder Marine ihrer im Dienst getöteten Soldaten gedächten. Darüber hinaus versuchte es zu ergründen, ob innerhalb der Bundeswehr der Wunsch bestehe, für die Toten ein zentrales Denkmal zu errichten.

Die Ergebnisse waren bescheiden. Zunächst ließ sich nicht einmal die Zahl aller im Dienst getöteten Soldaten feststellen. Auch die Befragungen zur Gedenkpraxis innerhalb der Bundeswehr brachten kaum Erkenntnisse. Nur an einem Punkt ergab sich ein klares Bild: An einer gemeinsamen Gedenkstätte für alle Toten bestand wenig Interesse.

Dennoch schien sich in der Bundeswehr zu dieser Zeit etwas zu verändern. Darauf deuteten zum Beispiel die Erweiterung der Widmungen einzelner Gedenkstätten der Teilstreitkräfte und der Truppengattungen um getötete Bundeswehrsoldaten hin. Allerdings waren

diese gedenkpolitischen Lösungen umstritten: Sollte unterschiedslos an Soldaten der Bundeswehr und der Wehrmacht erinnert werden? Zudem waren diese Ehrenmalergänzungen einer Einsatzrealität kaum mehr angemessen, in der die Bundeswehr eigene Gefallene zu beklagen hatte.

Wendepunkt Afghanistan

Gleichwohl – diese militärinternen Trauerbehelfe waren ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg hin zu einer öffentlichen und offiziellen Trauer- und Gedenkkultur der Bundeswehr. Wegweisend für diese dramatische Veränderung war insbesondere der Einsatz in Afghanistan, an dem deutsche Soldaten von 2002 bis 2021 teilnahmen. Vor allem dieser konfrontierte die Bundeswehr mit der militärischen Wirklichkeit des Kämpfens und des Sterbens.

Einen anderen zentralen Beitrag leisteten die Soldaten in Afghanistan selbst. In den Feldlagern am Hindukusch erinnerten sie ihrer gefallenen Kameraden auf sehr persönliche Weise. So gestalteten sie Ehrenhaine aus Findlingen und Marmorplatten, aus Steinwällen und

Ziegelmauern, versehen mit Holzkreuzen und Namenstafeln und manchmal auch mit militärischen Wrackteilen, die Spuren der Kämpfe trugen.

Wohl nicht zuletzt dadurch angeregt, begann ab 2005 auch im Verteidigungsministerium das Nachdenken über eine amtliche Trauer- und Gedenkkultur der Bundeswehr. So entstanden im Lauf der folgenden Jahre mehr und mehr protokollarische Formen, Rituale und Zeremonien des Trauerns und des Erinnerns für getötete deutsche Soldaten.

Am 24. Juni 2008 fand in der Alexanderskirche in Zweibrücken die erste öffentliche Trauerfeier für im Ausland getötete Bundeswehrsoldaten statt. Am 24. Oktober 2008 sprach Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) auf einer Trauerfeier für zwei in Afghanistan getötete Bundeswehrsoldaten erstmals davon, dass diese »gefallen« seien.

Live übertragene Trauerzeremonien und die Verwendung einer Sprache, welche die Gefallenen nicht länger hinter Formeln wie »im Dienst ums Leben gekommen« versteckte, zeigten, dass nun auch der Verteidigungsminister die neue militärische Wirklichkeit der Bundeswehr anerkannte. Als »Krieg« be-



Bundeswehr/Sabine Oelbeck

Gedenken im Camp Marmal: Soldaten der Mission Resolute Support gedenken in Mazar-e Sharif, Afghanistan, am 15. April 2021 der vor 11 Jahren gefallenen Kameraden.

Bundesministerin der Verteidigung Ursula von der Leyen und der Kommandeur der Schule für Feldjäger und Stabsdienst Oberst Dirk Waldau posieren in Hannover bei der Umbenennung der Emmich-Cambrai-Kaserne in Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne am 28. März 2018.



Bundeswehr/Sebastian Wilke

zeichnete sie später Jungs Nachfolger zu Guttenberg.

2009 setzte Bundesverteidigungsminister Jung durch, dass die Grabstätten für im Ausland getötete Soldaten den Status als »Ehrengrab« erhielten. Somit bleiben sie lange über die ortsübliche Liegezeit auf Friedhöfen hinaus erhalten, um die Erinnerung dauerhaft zu bewahren.

Am 8. September 2009 setzten Bundeswehr und Politik schließlich mit der Einweihung des Ehrenmals der Bundeswehr das bis heute bedeutendste Zeichen im Rahmen der Entwicklung einer offiziellen und öffentlichen Trauer- und Gedenkkultur. Auf dem Gelände des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin ist es den 3300 im Dienst getöteten Bundeswehrangehörigen gewidmet.

Am Volkstrauertag 2014 wurde in der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Potsdam-Schwielowsee der »Wald der Erinnerung« eingeweiht. Er versammelt die Ehrenhaine der ehemaligen Feldlager in einer thematisch strukturierten Anlage und ist eine Art Mittelpunkt des binnenmilitärischen Trauerns.

Die Bundeswehr erließ außerdem die Zentralrichtlinie »Militärische Formen und Feiern der Bundeswehr«, die seit 2016 die ZDv 10/8 ersetzt. Seit 2017 trägt auch das »Trauerzeremoniell für gefallene Soldatinnen und Soldaten« der neuen militärischen Realität Rechnung.

Insgesamt aber bleibt das kameradschaftliche Erinnern der wohl wichtigste Bezugspunkt des militärischen Totengedenkens. Vor allem im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Einsatz würdigen zahlreiche Gedenkstätten in Deutschland die Toten. Daneben erinnern an immer mehr Standorten Ehrenhaine an alle Gefallenen des jeweiligen Standortes. Und auch in aktuellen Einsatzländern betrauern Soldaten ihre getöteten Kameraden – wie etwa in Mali.

Insbesondere Namenspatronagen spielen dabei weiterhin eine herausragende Rolle. Seit 2018 heißt die ehemalige Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne, benannt nach Tobias Lagenstein, der 2011 am Hindukusch fiel. Es ist die erste Kaserne, die den Namen eines Gefallenen der Bundeswehr trägt. 2019 taufte man das Lehrgangsgebäude auf dem Gelände der Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne in Augustdorf auf den Namen des 2011 in Afghanistan gefallenen Oberstabsgefreiten Alexej Koblew.

Gedenken heute und morgen

Die Bundeswehr bringt nach und nach Vorbilder, auch kämpfende, aus ihren eigenen Reihen hervor. Und schafft sich so ihre eigene Geschichte – ihre eigene Tradition. Dies ist auch ganz im Sinne der 2018 modifizierten Traditionsricht-

linien, die zur stärkeren Orientierung an der eigenen Geschichte auffordern. Es sind vor allem die in Afghanistan Gefallenen, die zu Vorbildern werden können – Vorbilder, die der Bundeswehr entstammen. Doch auch in der Zeit des Kalten Krieges lässt sich vorbildliches Handeln wie das von Erich Boldt oder Ludger Hölker und vieler anderer für eine eigene Tradition finden.

So ist das kameradschaftliche Totengedenken prägend, ja identitätsstiftend für die Truppe geworden. Denn die Soldaten haben gewissermaßen von unten die Saat für eine eigene, persönliche und gelebte Tradition militärischen Erinnerns gelegt und damit entscheidend zu jenem politischen Prozess beigetragen, der Formen einer offiziellen und öffentlichen militärischen Trauer- und Gedenkkultur hervorgebracht hat.

Dieser Prozess jedoch ist nicht abgeschlossen.

*Dr. Julia Katharina Nordmann
ist Historikerin mit Schwerpunkt
Militärsgeschichte und freie Autorin.*

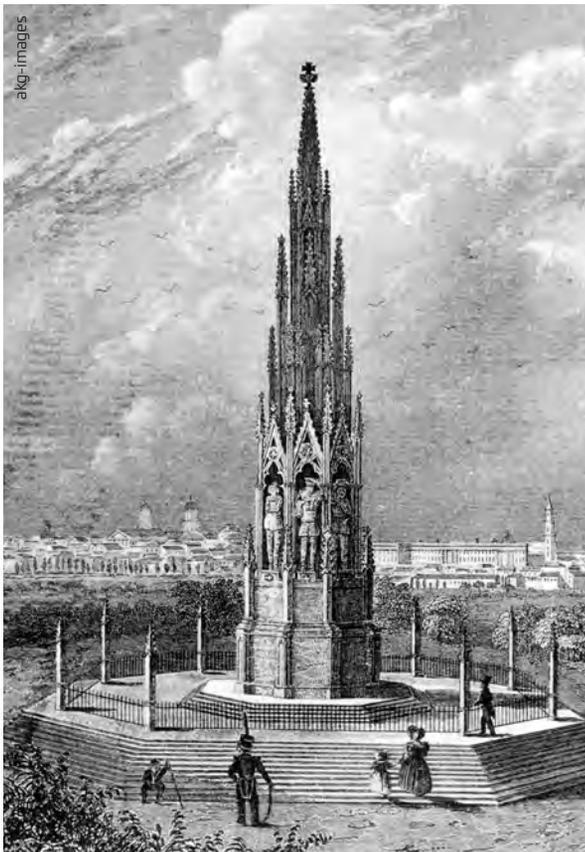
Literaturtipp

Julia Katharina Nordmann, *Das vergessene Gedenken. Die Trauer- und Gedenkkultur der Bundeswehr*, Berlin/Boston 2022.

Kriegerdenkmale

Im Frieden sterben erst die Alten, dann die Jungen. Die Hinterbliebenen haben einen lokalen Trauerort: das Grab. Im Krieg hingegen sterben meist erst die Jungen, dann die Alten – bei Gefechten, durch Granaten, an Verwundungen. Ihre sterblichen Überreste sind häufig auf Soldatenfriedhöfen oder in Massengräbern fern der Heimat beigesetzt. Als Trauerorte bleiben Hinterbliebenen oft nur örtliche Kriegerdenkmale.

Schätzungsweise
100 000
Kriegerdenkmale
befinden sich in
Deutschland.



Erinnerung an die Befreiungskriege: Das 1818 gestiftete Denkmal mit Eisernem Kreuz an der Spitze gab dem Berliner Kreuzberg seinen Namen.

Vom 19. Jahrhundert ...

Seit dem frühen 19. Jahrhundert wurden in Deutschland Kriegerdenkmale errichtet. Der angemessene Umgang mit ihnen ist immer wieder Gegenstand öffentlicher Debatten. Die Inschriften enthalten oft Hinweise, für wen die Angehörigen gestorben sind. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges waren Formulierungen geläufig wie: Sie »starben [...] mit Gott für König und Vaterland« (Gedenktafel, Lippstadt, 1870/71).

Kriegerdenkmale dienten dem Gedenken, aber auch der Absicht, den Lebenden klar zu machen, dass sie sich in einer vergleichbaren Situation ähnlich tapfer erweisen sollten: »Den Gefallenen zum Gedächtniß, den Lebenden zur Anerkennung, den künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung« (Nationaldenkmal, Berlin, 1813–15).

Sie sind Ausdruck eines bestimmten Geschichtsbewusstseins und zeitgebunden. Sie repräsentieren Denkweisen und Werte der Epoche, in der sie errichtet wurden.

Während und nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich bei den Inschriften zunehmend das vermeintlich harmlosere Wort »gefallen« für »gestorben« durch: »Gedenket unserer Gefallenen und Vermissten« (Denkmal, Borken-Rhedebrügge, 1939–45). Zunehmend gibt es auch friedensmahnende Botschaften.

Kriegerdenkmale untersuchen

- o Welche Wirkung übt das Denkmal auf heutige Betrachter aus?
- o Wo steht es? **Öffentlicher Platz, Kirche ...**
- o Mit welcher Absicht wurde es ursprünglich errichtet? **Gedenken, Mahnung ...**
- o Wann und wie wurde es eingeweiht?
- o Wer hat es in Auftrag gegeben, finanziert und erbaut?
- o Wie wird das Thema Krieg, Tod, Verwundung dargestellt?
- o Welche Worte werden verwendet? **Gefallen, gestorben, Helden, Tote ...**
- o Wie sind die Toten aufgelistet? **Nach Todesdatum, Alphabet, Dienstgrad ...**
- o Wie ist es künstlerisch gestaltet?
- o Welche Attribute werden verwendet und was bedeuten sie? **Stahlhelm, Pickelhaube, Raupenhelm, Löwe, Adler, Eisernes Kreuz ...**
- o Finden sich friedensmahnende Botschaften?
- o Welche Funktion hat es heute?



Eisernes Kreuz, preußische Königskrone und Monogramm »W« für Kaiser Wilhelm I.: Die Gedenktafel in der Marienkirche in Lippstadt erinnert an den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Die Inschrift nennt die Namen der Kriegstoten aus der Gemeinde und unterscheidet zwischen Gefallenen und Gestorbenen.

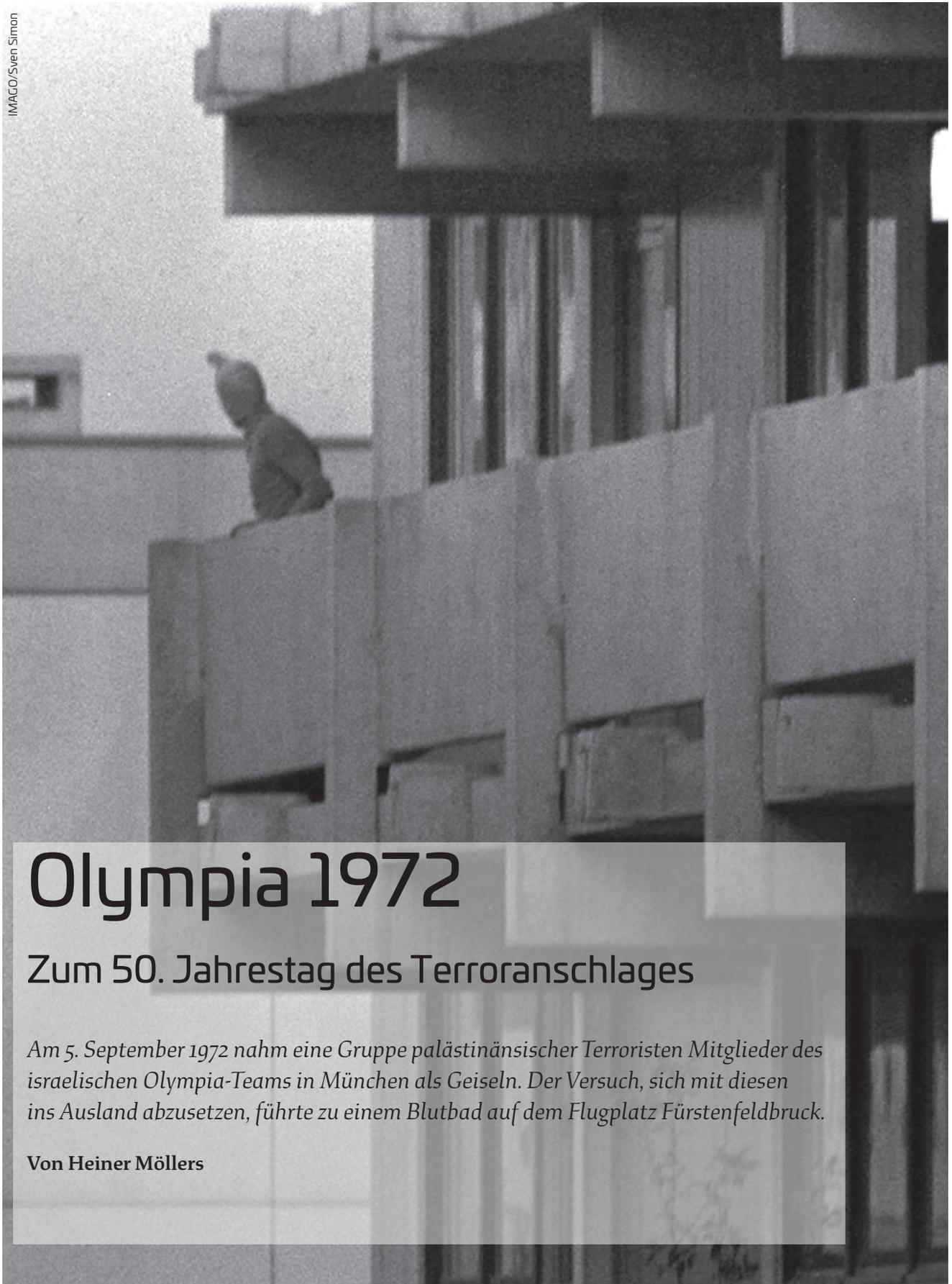
... bis heute

In der alten Bundesrepublik Deutschland und auch in Österreich wurden die Kriegerdenkmale des Ersten Weltkrieges oft um Inschriften für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges erweitert.

Nach Lesart der DDR handelte es sich bei Wehrmachtangehörigen um Soldaten, die für den »Faschismus« gekämpft hatten. Daher wurden den Gefallenen keine Denkmale errichtet. Nur vereinzelt gab es Hinweise. Stattdessen gedachte man der »Opfer des Faschismus« und den Opfern der Roten Armee. Die Denkmale des Ersten Weltkrieges blieben.



Kriegerdenkmal zur Erinnerung an die Toten und Vermissten beider Weltkriege in Borken-Rhedebrügge. Es enthält typische Attribute des Ersten Weltkrieges: Stahlhelm M 1916 und Eichenlaub. Das Kopfsteinpflaster zeigt das Eisernes Kreuz.



Olympia 1972

Zum 50. Jahrestag des Terroranschlages

Am 5. September 1972 nahm eine Gruppe palästinänsischer Terroristen Mitglieder des israelischen Olympia-Teams in München als Geiseln. Der Versuch, sich mit diesen ins Ausland abzusetzen, führte zu einem Blutbad auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck.

Von Heiner Möllers

Olympia 1972, das sollten die »fröhlichen Spiele von München« sein. In der »Weltstadt mit Herz« trafen sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus mehr als 130 Staaten zum sportlichen Wettkampf, der so ganz anders war als die Berliner Spiele 1936: keine Marschmusikkapellen der Armee, kein Olympisches Dorf in Kasernen, keine uniformierten Parteigruppierungen unter den Zuschauern. Den Salut schossen anstelle einer Artilleriebatterie bayerische Böllerschützen und die Musik lieferte eine Big Band. Zudem gab es ein Olympisches Dorf in unmittelbarer Nähe der Sportstätten, ohne besondere Bewachung. Polizei war als solche nicht erkennbar. Alle Helferinnen und Helfer der Spiele trugen hellblaue oder hellgrüne Anzüge mit einem modischen Hütchen. Hilfsbereitschaft allenthalben. Und das Publikum bejubelte allerorten sportliche Höchstleistungen: Der amerikanische Schwimmer Mark Spitz gewann gleich sieben Goldmedaillen. Die sowjetische Turnerin Olga Korbut bezauberte als gerade 17-jähriger »Spatz von Grodno«. Heide Rosendahl überholte am Ende der 4-mal-100-Meter-Staffel der Frauen noch Renate Stecher aus der DDR. Ein bisschen Kampf der Systeme war immer; zumal es erstmals zwei deutsche Mannschaften gab. Das tat aber der Freude der Spiele keinen Abbruch.

Die Bundeswehr war mittendrin: erstmals nahmen »Sportsoldaten« an den Spielen teil. Sie waren meistens Zeitsoldaten, aber auch Wehrpflichtige, die als Spitzensportler in ihren Disziplinen seit 1968 gezielt für diese Spiele ausgewählt und gefördert wurden. Sport statt Formaldienst. Herausragend war dabei der Geher Bernd Kannenberg, der beim 20-Kilometer-Wettbewerb zwar abbrechen musste, aber wenige Tage später die 50 Kilometer souverän gewann. Ein Journalist fragte, ob Kannenberg nach der Goldmedaille befördert werde. Dieser antwortete, dass er schon lange darauf warte – und wurde prompt zum Hauptfeldwebel befördert.

7200 Soldaten halfen

Auch sonst war die Bundeswehr umfassend eingebunden: Über die Militärflugplätze in Neubiberg und Fürstenfeldbruck wurden die Sportler eingeflogen. Zahlreiche Soldaten halfen als Wagenwäscher, Geschirrspüler und Fahrer und eine Pioniereinheit wurde für den Bau von Tribünen oder für Reparaturen eingespannt. Zahllose Soldaten erlebten noch Jahrzehnte später die Stubenausstattungen »Olympia« in den Farben blau, grün oder orange, die eigens für die Spiele beschafft und später an die Truppe weitergegeben wurden. Der Sonderstab, den das BMVg 1968 unter der

Führung von Oberst i.G. Friedrich von Stülpnagel errichtet hatte – als Leutnant selbst 1936 Bronzemedaillegewinner in der 4-mal-400-Meter-Staffel –, berechnete einen Bedarf von knapp 7200 Soldaten zur Unterstützung. Weil die übrigen Helfer, Fernstechniker oder Fernmeldespezialisten in den Kasernen untergebracht waren, wurden die nicht für Olympia gebrauchten Soldaten aus dem Münchener Großraum weitgehend ausquartiert. Das Fest konnte beginnen und lieferte nach einem farbenfrohen Beginn am 26. August 1972 zahlreiche Weltrekorde. Bis zum 5. September 1972.

Das Attentat

Am frühen Morgen des 5. September überstiegen acht Terroristen der Palestine Liberation Organization (PLO) den Zaun zum Olympischen Dorf. Da Zaunklettereien üblich waren, gingen bayerische Postbeamte als Augenzeugen davon aus, dass mal wieder Sportler einen späten Ausflug in die Stadt gemacht hätten. Die mit Kalaschnikows bewaffneten Terroristen brachten schnell neun Olympiateilnehmer aus Israel in ihre Gewalt. Der Gewichtheber Josef Romano wurde angeschossen und verblutete in seinem Zimmer, der Ringertrainer Moshe Weinberg wurde durch eine Tür hindurch erschossen. Polizei und Rettungsdienst trafen erst nach einer Stunde ein.

Die PLO verstand sich als Interessenvertretung der geflüchteten oder in Lagern lebenden Palästinenser, nachdem diese 1970 aus Jordanien hatten fliehen müssen. Durch Terroraktionen gegen Israel wollten sie ihrem Anspruch auf einen eigenen Staat Geltung verschaffen. Unterstützt wurden sie vor allem durch die Sowjetunion und die DDR sowie, bei diesem Anschlag, durch deutsche Neonazis, ansonsten eher durch linksterroristische Gruppen. Die Hilfe der arabischen Staaten für die PLO insgesamt war jedoch gering – kaum einer wollte die Palästinenser in seinem Land haben.

Die Terroristen forderten die Freilassung von mehr als 230 in Israel inhaftierten Gesinnungsgenossen. Die israelische Regierung lehnte dies kategorisch



Bundesinnenminister Hans Dietrich Genscher (FDP, 2. v.r.) und Münchens Polizeipräsident Manfred Schreiber (2. v. vorn) auf dem Weg in das Olympische Dorf, um mit den Geiselnemern zu verhandeln.

ab. Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) bot sich im Austausch für die Sportler als Geisel an. Dies lehnten die Terroristen ab. Derweil ergab sich ein fürchterliches Durcheinander. Genscher, der bayerische Innenminister und der Polizeipräsident von München kamen schließlich überein, dass der Freistaat Bayern die Situation zu klären habe. Polizei ist Ländersache! Dem schnell einberufenen Krisenstab wurde klar, dass eine Verhandlungslösung kaum zu erzielen war. Dabei standen für eine Befreiung der Geiseln keine auch nur ansatzweise qualifizierten Polizeikräfte zur Verfügung. Alles, was die Polizei tat und vorbereitete, konnten die Terroristen über das Fernsehen mitverfolgen, denn Kameras waren auf das Olympische Dorf gerichtet und sendeten. So sahen die Geiseln live, wie Polizisten in Trainingsanzügen, aber bewaffnet mit Maschinenpistolen, zeitweilig Stellung auf den Dächern der umliegenden Häuser bezogen. Sie wurden abgezogen, als die Terroristen mit der Erschießung von Geiseln drohten.

Nach Verstreichen mehrerer Ultimativen verlangten die Terroristen, mit den

Geiseln nach Kairo ausgeflogen zu werden. In der unklaren Situation versprach der Krisenstab den Terroristen die Ausreise.

Drama in Fürstenfeldbruck

Dazu wurden sie mit den Geiseln am 5. September gegen 22:30 Uhr mit zwei Hubschraubern des Bundesgrenzschutzes zum Flugplatz Fürstenfeldbruck geflogen. Dort sollten die Sportler mit ihren Peinigern in eine bereitgestellte Passagiermaschine der Lufthansa umsteigen.

Ein Bericht des Kommandeurs der damals in Fürstenfeldbruck stationierten Waffenschule der Luftwaffe 50 offenbarte Verteidigungsminister Georg Leber (SPD) später, was in dieser Nacht vom ersten Moment an schiefgelaufen war und zu dessen desaströsem Ende führen sollte:

Die beiden Hubschrauber landeten mit den Terroristen und ihren Geiseln vor dem Tower, wo sich mittlerweile eine provisorische Einsatzzentrale der Polizei befand. Die Nasen der Hubschrauber zeigten zum Gebäude. Die

Scharfschützen der Polizei konnten deswegen nicht in das Innere der Hubschrauber sehen – was verhängnisvolle Auswirkungen haben sollte. Keiner der Scharfschützen hatte eine Funkverbindung zur Leitung oder gar Erfahrung als Präzisionsschütze. Schlimmer noch war, dass die Polizei die Anzahl der Terroristen zu gering eingeschätzt hatte: Es waren nicht fünf, sondern acht. Deswegen fehlten drei weitere Scharfschützen. Ein Polizist lag als Schütze auf dem Vorfeld hinter den Hubschraubern – und damit im Schussfeld der anderen Schützen. Er und ein Hubschrauberpilot wurden später durch eigenes Feuer schwer verletzt.

Das Vorfeld des Towers war bei der Landung der Hubschrauber mit drei »Lichtgiraffen« taghell erleuchtet. Zwei Terroristen inspizierten die mehr als 100 Meter entfernt abgestellte Passagiermaschine. Die freiwilligen Polizisten, die als Piloten verkleidet mit zwanzig weiteren Polizisten die Terroristen im Flugzeug überwältigen sollten, hatten sich zuvor ohne Erlaubnis entfernt, wohl weil sie die Unlösbarkeit ihrer Aufgabe erkannt hatten. Im Flugzeug, in dem sich nun keine »Besatzung« mehr befand und das



Der zerstörte Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck.

auch nicht vollgetankt war, ahnten die Terroristen, dass etwas nicht stimmte – und liefen zurück zu den Hubschraubern. Die Vorfeldbeleuchtung war allerdings schon ausgestellt worden. Der Einsatzleiter der Polizei gab dennoch den Befehl zu schießen. Eine wilde Schießerei begann. Noch während des Feuerkampfes verkündete der Pressesprecher des Nationalen Olympischen Komitees an der Hauptwache des Fliegerhorstes unautorisiert – und fälschlich – die Rettung aller Geiseln. Diese Nachricht wurde knapp eine Stunde später durch den Sprecher der Bundesregierung Conrad Ahlers an die Presse weitergegeben: Es sei eine »glücklich und gut verlaufene Aktion« gewesen. Entschieden war jedoch noch nichts.

Als die Terroristen ihre ausweglose Lage erkannten und nachdem die Polizisten das Feuer eröffnet hatten, eskalierte die Lage auf dem Vorfeld: Polizisten schossen auf die Terroristen und diese zurück und auf die Sportler. Mitten in dieser Situation warf ein Terrorist eine Handgranate in einen der beiden Hubschrauber, der sofort in Flammen aufging. Die israelischen Sportler hatten keine Chance, dem Chaos zu entkommen. Mehrere Terroristen wurden erschossen, drei von ihnen konnten anschließend verhaftet werden. Schlimmer noch war, dass alle neun Sportler ums Leben kamen; durch Terroristen ermordet oder im Hubschrauber verbrannt. Gegen 1:30 Uhr war die »Aktion beendet« und die noch überlebenden drei »Guerillas« wurden festgenommen. Es war 2:40 Uhr, als der Pressesprecher der Spiele vor der Presse die schrecklichen Nachrichten aus Fürstenfeldbruck bekannt gab.

Trauer und Folgen

Am Folgetag eröffnete das Sinfonieorchester des Bayerischen Rundfunks mit dem Trauermarsch aus Ludwig van Beethovens 3. Sinfonie »Eroica« die Trauerfeier. Alle Flaggen der teilnehmenden Staaten im Olympiastadion wehten auf Halbmast. Die israelischen Sportler waren mit ihren toten Kameraden abgereist – bis auf einen, den Geher Shaul Ladany, der sich dem Terrorismus

nicht beugen wollte. »The games must go on!«, sagte der Präsident des Internationalen Olympischen Komitee, der US-Amerikaner Avery Brundage, am Tag der Trauerfeier.

Besonders tragisch an diesem Terroranschlag schien auch, dass angeblich ein israelisches Spezialkommando bereitgestanden hätte. Dem war aber nicht so. Die Bundesregierung wollte aus grundsätzlichen Erwägungen den Einsatz israelischer Soldaten auf deutschem Territorium zur Befreiung ihrer Landsleute nicht zulassen.

Nach den Spielen stellte der Bundesgrenzschutz die Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) auf, die künftig als Spezialformation bei Terroranschlägen zum Einsatz kommen sollte. Die israelische Re-

gierung autorisierte ihren Geheimdienst Mossad, alle Täter und ihre Hintermänner ausfindig zu machen. In der »Operation Zorn Gottes« tötete der Mossad bis 1992 viele Beteiligte, aber auch einige Unbeteiligte. Der internationale Protest hierüber hielt sich in Grenzen.

Oberstleutnant Dr. Heiner Möllers
ist Projektbereichsleiter Geschichte der Bundeswehr im Forschungsbereich Militärgeschichte nach 1945 des ZMSBw.

Literaturtipps

Sven Felix Kellerhoff, *Anschlag auf Olympia. Was 1972 in München wirklich geschah*, Darmstadt 2022.



Trauerfeier im Olympiastadion mit Flaggen auf Halbmast nach dem Terroranschlag, 6. September 1972.

Die erste Teilung Polens

5. August 1772

Vor 250 Jahren begannen die Großmächte Preußen, Österreich und das russische Zarenreich, Polen unter sich aufzuteilen.

Zwar war der polnisch-litauische Staat einer der größten Europas, aufgrund innenpolitischer Gegensätze war er jedoch sehr instabil. Die wahlmonarchische Verfassung machte es möglich, dass auch ausländische Monarchen den polnischen Thron besteigen konnten. Der durch russische Hilfe an die Macht gekommene König Stanisław II. August Poniatowski (1764–1795) erkannte die Reformnotwendigkeit des Landes. Doch seine Bemühungen, Polen zu modernisieren, weckten das Misstrauen der

Nachbarn, die kein Interesse an einem starken Polen hatten. Auch im Land gab es seitens konservativer Adliger Widerstände. Brisant wurde die Situation zudem dadurch, dass Österreich und Preußen aktuelle russische Expansionsbestrebungen missbilligten. Um die Reformbewegungen in Polen zu unterbinden, aber auch um eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den drei Großmächten zu verhindern, beschlossen sie, sich Teile Polens einzuverleiben. Ungeachtet dessen, dass die russische Zarin Katharina II. noch 1768 die Integrität der Grenzen des Landes garantiert hatte, unterzeichneten die Mächte unter Missachtung internationalen Rechts am

5. August 1772 den Teilungsvertrag. Polen verlor damit gut 40 Prozent seiner Einwohner.

Tatsächlich war dies der Beginn eines Prozesses, an dessen Ende das Land nicht mehr existierte. Noch vor Frankreich erhielt Polen 1791 eine freiheitliche Verfassung. Nur zwei Jahre später erfolgte eine erneute Gebietsabtretung. 1795 teilten die drei Mächte schließlich die restlichen Gebiete untereinander auf. Polen war zum Spielball geworden, doch die drei Teilungen im 18. Jahrhundert blieben nicht die letzten in der Geschichte des Landes.

Esther Geiger

»Deutschland-Lied« wird Nationalhymne

10. August 1922

Die 1919 gegründete Weimarer Republik verfügte anfangs über keine Nationalhymne. Erst nach drei Jahren, am Vortag des 11. August, dem Tag, an dem die Unterstützer der Republik der Unterzeichnung der Verfassung gedachten, erhob Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) das »Deutschland-Lied« zur Nationalhymne. Die Gedenkfeier im Reichstag fand passenderweise unter dem Motto »Einigkeit und Recht und Freiheit« statt. In seiner Rede stellte Ebert die dritte Strophe des Liedes in den Mittelpunkt und knüpfte an freiheitlich-demokratische Traditionslinien der Märzrevolution 1848 an. Dass die Melodie des Liedes von Joseph Haydn 1797 als Lobeshymne auf den Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation Franz II. komponiert worden und bis 1918 die österreichische Kaiserhymne war, spielte für die Verfechter der Demokratie keine



Verfassungsfeier im Reichstag 1922.

Rolle – ebenso wenig, dass sich Haydn bei der Melodie eines altkroatischen Volksliedes bedient hatte. Die Botschaft des Textes von 1841 aus der Feder Au-

gust Heinrich Hoffmanns (genannt von Fallersleben) und die Popularität des Liedes für die Stärkung der Republik zu vereinnahmen, war das vordringliche Ziel. Das Streben nach Einigkeit, Recht und Freiheit sollte alle Deutschen miteinander verbinden, unabhängig von politischer Überzeugung, Status und Konfession. Bereits 1922 wurden Überlegungen angestellt, bei offiziellen Veranstaltungen allein die dritte Strophe zu singen. Eberts Ausführungen folgten jedoch kein rechtlich bindender Erlass. Nur für die Reichswehr verordnete er am 17. August 1922, dass diese das »Deutschland-Lied« als Nationalhymne zu führen habe.

In der Bundesrepublik bildeten alle drei Strophen die Nationalhymne, doch wurde nur die dritte gesungen. 1990 bestätigte das Bundesverfassungsgericht diese Praxis.

Dennis Werberg

Teilung Britisch-Indiens 14./15. August 1947

König George VI., der Vater der Queen Elizabeth II., trug bis 1947 noch den Titel King-Emperor. Er war Kaiser von Indien. Seit 1771 herrschte ein britischer Gouverneur zunächst über Bengalen (Hauptstadt Kalkutta), zwei Jahr später schon als Generalgouverneur und Vizekönig von Indien. De facto aber beherrschte die britische Ostindien-Kompanie die Wirtschaft und das Land. Erst 1858 kam Indien unter direkte Kontrolle der britischen Krone. Dabei unterstand ihr genau genommen nur die Hälfte der Fläche. Wie ein Flickenteppich lagen dazwischen mehr als 500 große und kleine lokale, de jure unabhängige Fürstentümer, regiert von

Maharadschas. Das komplexe, typisch britische Konzept des »teile und herrsche« basierte auch auf der Ausnutzung der religiösen Spannungen in der riesigen Kolonie. Diese umfasste nicht nur das heutige Indien, sondern auch Pakistan, Bangladesch und Myanmar. Letztgenanntes wurde 1937 als Burma eine eigenständige Kolonie. Der Zweite Weltkrieg mit der japanischen Eroberung Burmas, Hongkongs, Malaysias und Singapurs erschütterte auch die britische Herrschaft in Indien. Deren Ende wurde für 1948 verabredet, doch die Briten entschieden sich spontan zu einem überhasteten Rückzug schon 1947. Pakistan wurde einen Tag früher als Indien

unabhängig, weil der britische Vizekönig nicht gleichzeitig beide Unabhängigkeitsfeiern besuchen konnte. Auf die Feiern folgten Chaos und Elend: Kämpfe und Massaker zwischen Hindus, Muslimen und Sikhs forderten mehr als eine Million Menschenleben. Zwischen 1947 und 1950 wanderten mehr als 10 Millionen Menschen über die neuen Grenzen – ein weltweit nie da gewesener Bevölkerungsaustausch. Nach einem weiteren Krieg erlangte Ostpakistan 1971 als Bangladesch seine Unabhängigkeit von Mutterland weit im Westen.

Klaus Storkmann

Gesetz über die Militärseelsorge 5. Juli 1957

Am 5. Juli 1957 nahm der Bundestag einstimmig das Gesetz über die Militärseelsorge an. Damit

wurde der bereits im Februar des Jahres unterzeichnete »Vertrag der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung der evangelischen Militärseelsorge« ratifiziert. Kirche und Staat verfolgten das gemeinsame Ziel, »die freie religiöse Betätigung und die Ausübung der Seelsorge in der Bundeswehr zu gewährleisten«, wie es in der Präambel des Militärseelsorgevertrages (MSV) heißt. Bereits vor 1957 hatten evangelische Militärggeistliche in der jungen Bundeswehr durch Seelsorge und Verkündigungsdienst Soldaten begleitet. Der MSV schuf durch seine Regelung von Grundsätzen, Aufbau und Organisation der evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr ein verlässliches Fundament für die Kooperation zwischen Kirche und Staat. Dies ermöglicht dem »Staatsbürger in Uniform« die freie Religionsausübung auch unter den besonderen Bedingungen, die der Soldatenbe-

ruf mit sich bringt. Die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr garantiert der MSV, indem er festhält, dass die Militärseelsorge »Teil der kirchlichen Arbeit« ist und »im Auftrag und unter Aufsicht der Kirche ausgeübt« wird. Der Staat organisiert und finanziert zwar die Militärseelsorge, jedoch unterliegen die Militärggeistlichen bei der Erfüllung ihres kirchlichen Auftrags keinerlei staatlichen Weisungen, sondern bleiben an Lehre und Bekenntnis ihrer Kirche gebunden. Die außerhalb der militärischen Hierarchie stehenden Militärpfarrerinnen und -pfarrer sind innerhalb der Streitkräfte ein »Fenster ins Zivile« (Sigurd Rink) und ein wichtiger Gesprächspartner in Fragen der Inneren Führung.

Sven Behnke



Bundeskanzler Konrad Adenauer und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Bischof Dibelius, am 20. Februar 1957 in Bonn.

Georg Ferdinand Duckwitz

Annäherung an eine vergessene Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts

In Dänemark ist er als der »gute Deutsche« bekannt: Während des Zweiten Weltkrieges rettete der deutsche Diplomat Georg Ferdinand Duckwitz Tausenden von Juden das Leben – und wird dafür in Israel bis heute als »Gerechter unter den Völkern« geehrt. Nach 1945 war er ein wichtiger Akteur in der deutschen Außenpolitik.

Von Thomas Wegener Friis und Dieter H. Kollmer



Ministerialdirektor und Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt Georg Ferdinand Duckwitz (hinten l.) neben Botschafter Frants Hvass beim Besuch der dänischen Regierungsdelegation in Bonn im Mai 1961. Vorne von links nach rechts: der dänische Außenminister Jens Otto Krag, Bundespräsident Heinrich Lübke im Gespräch mit dem dänischen Ministerpräsidenten Viggo Kampmann und Heinrich von Brentano, Bundesminister des Auswärtigen.

Setzen sich für die Rettung dänischer Juden im Zweiten Weltkrieg ein: Georg Ferdinand Duckwitz (l.) und der dänische Nobelpreisträger Niels Bohr (r.), hier mit Margrethe Bohr (l.) und Anne Marie Duckwitz (r.) 1955.



Wer war Georg Ferdinand Duckwitz? In Deutschland ist er einigen wenigen wegen seiner Rolle bei der Erarbeitung der »Ostpolitik« unter Willy Brandt im Gedächtnis geblieben. In Dänemark hingegen gilt er als der »gode Tysker« (gute Deutsche) wegen der Rettung eines Großteils der dänischen Juden nach Schweden im Oktober 1943.

Das Militärische hingegen fehlt in seinem Lebenslauf fast völlig. Obwohl er beide Weltkriege erlebte, trug er nie Uniform. 1918 war er erst 14 Jahre alt. 1939 indessen war Duckwitz an der Deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen. Er unterstützte allerdings 1919 das paramilitärische »Freikorps Caspari«. Während des Zweiten Weltkrieges war er als Diplomat »nebenamtlich« für die Abwehr der Wehrmacht tätig, d.h. er war auch für die Bekämpfung ausländischer Spionage zuständig.

Jugend in Bremen

Duckwitz wurde am 29. September 1904 in der Freien Hansestadt Bremen als dritter Sohn einer alteingesessenen hanseatischen Kaufmannsfamilie geboren. Sie war protestantisch, liberal-konservativ, staatstragend und bildungs-

bürgerlich. Der junge Georg Ferdinand wurde durch die Erziehung im Kaiserreich, die Entbehrungen der Heimatfront von 1914 bis 1918 und die Wirren der Nachkriegszeit geprägt. Zeitzeugen, die Duckwitz aus seiner Studentenzeit kannten, schätzten ihn als politisch denkenden Zeitgenossen ein, der den Kommunismus einerseits und Frankreich andererseits für die Hauptfeinde Deutschlands hielt.

Angeblich war Duckwitz in jungen Jahren einem rechtsradikalen Freikorps beigetreten oder gar Freikorpskämpfer. Wahr ist, dass der damals 14-jährige Gymnasiast gemeinsam mit seinem Onkel Richard im Zusammenhang mit der »Befreiung Bremens von der Räterepublik am 4. Februar 1919« in der Ehrenliste des »Freikorps Caspari« auftaucht. Dieses aber war ein spontaner Zusammenschluss von 600 freiwilligen Bremern unter dem Kommando von Major Walter Caspari. Es sollte die »Division Gertenberg« unterstützen. Auf Befehl von Reichswehrministers Gustav Noske (SPD) brach sie im Februar 1919 die Macht des Bremer Arbeiterrates nach nur wenigen Stunden erbitterten Kampfes. Der schwächliche Duckwitz wurde dabei vermutlich als Botenjunge oder ständiger Begleiter seines Onkels

eingesetzt. Dieses paramilitärische Erlebnis verschaffte ihm jedoch später den Ruf, »dabei gewesen zu sein«.

Studium, militärische Kurzausbildung und Corpsstudent

Nach dem Abitur 1923 studierte Duckwitz zunächst Jura in Freiburg und später Volkswirtschaft in Bonn. Damals herrschte in den meisten deutschen Universitätsstädten eine aufgeheizte, häufig sehr radikale politische Stimmung. Sie richtete sich gegen den Versailler Vertrag, den »Dolchstoß 1918« und Frankreich. Der junge Duckwitz nahm daher im Sommer 1924 in Ulm an einer 14-tägigen militärischen Kurzausbildung der Reichswehr bei den »Ulmer Jägern« teil. Dieser Kurs vermittelte militärische Grundkenntnisse und sollte dazu befähigen, im Kriegsfall in einer Reichswehreinheit eingesetzt zu werden. Angesichts der militärischen Lage in den 1920er Jahren waren diese Pläne der Reichswehr nachvollziehbar, sie verstießen aber eindeutig gegen den Versailler Vertrag, was den jungen Männern vermutlich egal war. Sie wollten das Deutsche Reich am Oberrhein gegen vermutete französische Übergriffe verteidigen.

Ein anderer Aspekt des Studentenlebens war für Duckwitz jedoch langfristig prägend: Er folgte auch hier seinem Onkel und trat in das traditionsbewusste »Corps Rhenania Freiburg« ein. Die Corps waren konservative Vereinigungen, die sich aus einem ökonomisch starken Umfeld rekrutierten, in dem beruflicher Erfolg per se erwartet wurde. Die Zugehörigkeit war für den Aufbau von gewichtigen Netzwerken durchaus förderlich. Auch Duckwitz lernte auf diese Weise junge Männer kennen, die später beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland wichtig wurden. So waren unter anderen der Mitbegründer des Ordoliberalismus (die wirtschaftstheoretische Grundlage der sozialen Marktwirtschaft), Franz Böhm, der Vorstandsvorsitzende der Gelsenkirchener Bergwerks AG, Friedrich Funcke, und der Vorstandsvorsitzende der Bundesvereinigung der Arbeitgeber, Walther Siebert, ebenfalls bei den Freiburger Rhenanen aktiv. Auch bei Duckwitz späterem Arbeitgeber, dem Auswärtigen Amt, gab es viele Corpsstudenten, die sich gegenseitig unterstützten.

Doch Kaufmann und Nationalsozialist?

Im Sommer 1925 endete seine akademische Laufbahn: reich an Beziehungen, jedoch ohne Abschluss. Nach einer kaufmännischen Ausbildung im Kontor seiner Familie wechselte Duckwitz 1927 zur Kaffee-Handels-Aktien-Gesellschaft (Kaffee Hag), deren Niederlassungsleiter in Kopenhagen er 1929 wurde. In den nächsten vier Jahren lernte er Dänisch und baute sich Kontakte auf, die ihm später sehr nützlich waren.

Im Herbst 1932 lernte Duckwitz Gregor Strasser, Reichsorganisationsleiter der NSDAP, persönlich kennen und begeisterte sich für die sozialistischen Ideen dieser Partei, da sie ihn an die »mit nationalen Gefühlen verbundenen Elemente des skandinavischen Sozialismus« erinnerten. Duckwitz behauptete später, dass dies der Auslöser dafür war, dass er noch im gleichen Jahr Parteimitglied wurde. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland trat der

Skandinavien-Experte dem neugegründeten Außenpolitischen Amt (APA) der NSDAP bei. Infolge des »Röhm-Putschs« im Sommer 1934, einer Mordaktion, die sich unter anderem gegen den »linken« Flügel der Partei richtete, begann sich Duckwitz allerdings von der Partei zu distanzieren, ohne jedoch auszutreten. Gleichwohl quittierte er im Frühjahr 1935 den Dienst beim APA und wechselte zum Transportunternehmen HAPAG. Dieses entsandte ihn Anfang 1939 nach New York City, was dazu führte, dass sich Duckwitz den USA auch später noch verbunden fühlte: In der bundesdeutschen Politik gehörte er zu den »Atlantikern«.

Während des Krieges in Dänemark

Bei Kriegsbeginn wechselte er in das Reichsverkehrsministerium, das ihn im November 1939 als Schifffahrtssachverständigen der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen zuteilte. Seine Aufgabe bestand darin, als Ersatz für versenkte deutsche Handelsschiffe so viel dänische Tonnage wie möglich anzuwerben.

Daher traf sich Duckwitz regelmäßig mit dänischen Reedern, Werftdirektoren und Marineoffizieren. Sie bildeten sein Netzwerk in Dänemark.

1941 wurde Duckwitz' Dienstposten dem Auswärtigen Amt (AA) zugeordnet. Dies gab ihm mehr Spielraum und eine größere Bedeutung auf dem diplomatischen Parkett in Nordeuropa. Dies galt insbesondere, als im darauffolgenden Jahr der berüchtigte SS-Gruppenführer Werner Best sein Vorgesetzter wurde. Dieser betrachtete nämlich die dänische Staatskollaboration als eine Art Vorzeigemodell für andere eroberte Staaten und wollte daher den eingeschlagenen Kurs des AA weiter verfolgen.

1943 griff Adolf Hitler persönlich in die Geschicke Dänemarks ein. Nun sollte die schon länger im Reich angeordnete »Judenfrage« auch hier zeitnah »gelöst« werden. Duckwitz erfuhr im September 1943 von den genauen Planungen und gab dieses Wissen über seine Netzwerke weiter. Er verhandelte zudem geschickt und verhalf Juden zur Flucht nach Schweden. Etwa 90 Prozent der rund 8000 dänischen Juden wurden so vor der Deportation bewahrt.



Diplomatenpass für den »Schifffahrtssachverständigen bei der Deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen« Georg Ferdinand Duckwitz, ausgestellt am 3. September 1943.



V.l.n.r.: Staatssekretär Georg Ferdinand Duckwitz, Bundeskanzler Willy Brandt und der polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz stoßen im Dezember 1970 in Warschau auf die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages an.

erbitterte Widerstände der konservativen Kreise im AA den versöhnlichen Kurs mit den osteuropäischen Staaten durchgesetzt, die beispiellos unter der NS-Gewaltherrschaft gelitten hatten.

Georg Ferdinand Duckwitz verstarb am 16. Februar 1973. Sein Lebensweg gibt einen tiefen Einblick in die Verwerfungen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert und die Herausforderungen der Zeitgenossen. Kein Mensch kann für sich in Anspruch nehmen, immer und in jedem Moment die richtigen Entscheidungen getroffen zu haben. Glaubwürdigkeit ergibt sich jedoch dann, wenn man seinem Gewissen folgt und versucht, das moralisch Richtige zu tun.

Auch deshalb wird Duckwitz bis heute in öffentlichen Verlautbarungen als herausragendes Beispiel für den Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime im AA genannt, da »nur wenige Mitarbeiter sich für einen anderen Weg entschieden hätten« und er nachfolgend »für seinen Einsatz zur Rettung der dänischen Juden als ›Gerechter unter den Völkern‹ geehrt wird«. Noch zu Duckwitz' Lebzeiten pflanzte die Internationale Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem zu seinen Ehren einen Baum.

Oberstleutnant Dr. Dieter H. Kollmer
ist Mitarbeiter im Internationalen Militärstab der NATO und Lehrbeauftragter an der Universität der Bundeswehr München sowie an der Universität Potsdam.

Außerordentlicher Professor Dr. Thomas Wegener Friis
ist Direktor des »Center for Cold War Studies« an der Süddänischen Universität in Odense.

Literaturtipps

Hans Kirchhoff, Georg Ferdinand Duckwitz. *Die Rettung der dänischen Juden. The Rescue of the Danish Jews, Berlin 2013.*
Bo Lidegaard, *Die Ausnahme: Oktober 1943. Wie die dänischen Juden mithilfe ihrer Mitbürger der Vernichtung entkamen, München 2013.*

Nach dem Krieg: Der »gute Deutsche« im Auswärtigen Dienst

Nach Kriegsende blieb Duckwitz zunächst in Kopenhagen. Er galt nun als der erste Ansprechpartner, wenn es um Deutschland ging. Im Frühjahr 1950 bot ihm das Bundeskanzleramt an, eine konsularische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen mit aufzubauen. 1953 wechselte Duckwitz mit gleichem Auftrag nach Helsinki. Dänemark verabschiedete ihn ehrenvoll mit dem Kommandeurskreuz des Dannebrogordens.

Nur ein Jahr später wurde er dann doch überraschend deutscher Botschafter in Dänemark. Die Freude in der dänischen Öffentlichkeit hierüber war sicherlich auch von der Hoffnung getragen, mit Duckwitz einen Fürsprecher in Bonn zu haben.

Er leistete so gute Arbeit, dass das AA ihn im April 1958 als Leiter der Ostabteilung nach Bonn holte. Duckwitz forderte unmissverständlich, die Hallstein-Doktrin nicht auf die vom Deutschen Reich überfallenen Staaten wie Polen anzuwenden. Diese besagte, dass die Bundesrepublik Deutschland es als unfreundlichen Akt betrachtete, wenn Staaten zur DDR diplomatische Bezie-

hungen aufnahmen und sie somit anerkannten. Er forderte, moralische vor politische Kategorien zu stellen. Als er sich mit seiner Ansicht im Auswärtigen Amt nicht durchsetzen konnte, wurde Duckwitz auf den Posten des deutschen Botschafters in Indien nach Neu-Delhi versetzt. Von diesem Posten ging er 1965 auf eigenen Wunsch in den Ruhestand.

Willy Brandt und die Ostverträge

Duckwitz pflegte in seiner Zeit als Leiter der Ostabteilung enge Kontakte zu dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt (SPD). Beide sahen die Notwendigkeit einer neuen Ostpolitik. Nachdem Brandt 1966 Bundesaußenminister geworden war, holte er Duckwitz im Oktober 1967 als Staatssekretär in den aktiven Dienst zurück. Diese einflussreiche Position bekleidete er auch – trotz eines schwierigen Verhältnisses – unter Brandts Nachfolger als Außenminister, Walter Scheel (FDP).

Direkt im Anschluss an die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages über die zukünftigen bundesdeutsch-polnischen Beziehungen im Dezember 1970 – Duckwitz war deutscher Verhandlungsführer gewesen – trat er endgültig in den Ruhestand. Duckwitz hatte gegen

Bücher



Erster Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg ist ganz erforscht. Ganz? Gerhard Artls Buch beweist am Beispiel Ortigara 1917 sehr eindrucksvoll, dass dies eben nicht der Fall ist. Er erzählt, gut lesbar und mit zahlreichen Fotos, Skizzen und Karten versehen, die Vorgeschichte, die Durchführung sowie die Nachwirkungen dieser Schlacht an der Alpenfront. Er hat dazu sehr gründlich die Akten des österreichischen Staatsarchivs/Kriegsarchivs durchgesehen und ausgewertet.

Die von Österreich-Ungarn gegen Italien erfolgreich geführte Verteidigungsschlacht im Juni 1917 ist bemerkenswert, u.a. deshalb, weil hier zum ersten Mal die nach deutschem Vorbild aufgestellten Sturmtruppen zum Einsatz kamen. Zudem analysiert Artl die Lagebilder, Entscheidungen und Fehlentscheidungen beider Seiten auf allen Führungsebenen. Er arbeitet heraus, welche Bedeutung die Geländebeurteilung hatte. Dies kann an den Schauplätzen heute nachvollzogen werden. Ganz? Ganz!

Harald Potempa

Gerhard Artl, Ortigara 1917. Die Junischlacht auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden (Sette Comuni), Brixen 2021. ISBN 978-88-6563-285-7; 406 S., 25,00 Euro



Charakter der NS-Diktatur

Eine faschistische Massenbewegung oder nur eine kleine Tätergruppe – wer waren die Nationalsozialisten? Rein statistisch bildeten sie einen unspektakulären Durchschnitt verschiedener Bevölkerungsgruppen. Doch so banal dieses Ergebnis erscheint, so umfassend steht die Frage doch für weit mehr: für den Charakter der NS-Diktatur sowie schließlich auch für die historische Beschäftigung mit ihr.

In elf Beiträgen widmet sich Herbert multiperspektivisch den verschiedenen Spezifika des Nationalsozialismus, darunter dem NS-Weltbild und der Rolle des Antisemitismus, der Zustimmung der Bevölkerung und der Rolle von »Eliten«, der NS-Kriegs- und Vernichtungspolitik oder dem Vergleich zur stalinistischen Herrschaft.

Die Frage, wer die Nationalsozialisten waren, ist eben viel mehr als nur eine statistische. Herbert gelingt es, analytisch präzise und zudem verständlich und nachvollziehbar das Wesen des Nationalsozialismus herauszuarbeiten.

Chris Helmecke

Ulrich Herbert, Wer waren die Nationalsozialisten?, München 2021. ISBN 978-3-406-76898-9, 303 S., 24,00 Euro



Dünkirchen 1940

Für die Briten gilt Dünkirchen 1940 bis heute als erster Sieg im Zweiten Weltkrieg: 330 000 eigene, französische und belgische Soldaten evakuierte die Royal Navy von den Stränden Nordfrankreichs und bewahrte sie so vor deutscher Kriegsgefangenschaft – und rettete die unersetzliche Kampfkraft fronterfahrener Soldaten. Ohne diese hätte es wohl auch die Landung in der Normandie 1944 nicht gegeben, zumindest wäre deren Ausgang fraglich gewesen. Dünkirchen 1940 war die Basis des Sieges der Alliierten fünf Jahre später. Die »Dynamo« genannte Operation Ende Mai/Anfang Juni 1940 wurde nur möglich, weil Hitler als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht den rasant vorrückenden Panzerverbänden einen Stopp befahl. Über die Gründe dieses »Halt-Befehls« streiten Historiker bis heute; er bleibt einer der größten Mysterien des Weltkrieges. Wie Hauke Friederichs ihn bewertet, soll an dieser Stelle nicht verraten werden.

Klaus Storkmann

Hauke Friederichs, Das Wunder von Dünkirchen. Wie sich im Sommer 1940 das Schicksal der Welt entschied, Berlin 2021. ISBN 978-3-351-03844-1, 343 S., 24,00 Euro



Erinnerungsorte

Erinnerung braucht Anlässe. Diese Erkenntnis bezieht konkrete Momente der Besinnung und geeignete Stätten ein. Erinnerungsorte sind sowohl konkrete Punkte eines vergangenen Geschehens wie auch im übertragenen Sinne Symbole für das kollektive Gedächtnis. Beide Aspekte lassen sich auf die Bundeswehr übertragen. In dem Buch werden von zahlreichen Mitwirkenden knappe doppelte Beiträge zu vielen Themen präsentiert:

Es sind dies in gewisser Weise kurze Standort- und Organisationsgeschichten, quer durch das Bundesgebiet. FlaRak-Gürtel, Deutsch-französischer Brückenschlag, Manöver in Frankreich oder Einsatzgeschwader und viele andere, die Aspekte der Auftrags Erfüllung behandeln.

Je länger man in diesem wichtigen Buch liest, desto mehr wächst das Verständnis für die Bundeswehr. Ihre Standorte werden dann zu Ereignisorten, die erläutert werden. Dies gelingt gut in der Kürze der verständlich geschriebenen Texte.

Stephan Kaiser

Erinnerungsorte der Bundeswehr. Personen. Ereignisse und Institutionen der soldatischen Traditionspflege. Hrsg. von Hans-Günter Behrendt, Berlin 2020. ISBN 978-3-945861-95-0, 308 S., 29,80 Euro



Olympia 1972

Die Olympischen Spiele in München 1972 sollten »heitere Spiele« werden. Stattdessen endeten sie nach neun Tagen in einer Katastrophe: Acht Palästinenser, Angehörige der Terrorgruppe »Schwarzer September«, nahmen Teile der israelischen Olympia-Mannschaft als Geiseln. 21 Stunden später waren 17 Personen tot, darunter elf Israelis.

Wie es hierzu kommen konnte, rekonstruiert der Historiker und Leitende Redakteur für Zeit- und Kulturgeschichte bei der »Welt« Sven Felix Kellerhoff. In Form einer historischen Reportage stellt er die Ereignisse des 5. September 1972 teilweise auf die Minute genau dar. Auf diese Weise entsteht ein dichtes Bild, das auch die Vielzahl der beteiligten Akteure und die Unübersichtlichkeit der Lage deutlich werden lässt.

Begrüßenswert ist, dass Kellerhoff seine Herangehensweise darlegt, die verwendeten Quellen einordnet und kritisch bewertet. So entsteht eine methodisch versierte Darstellung, die dennoch den Schrecken der Ereignisse in Text und Bild zu transportieren vermag.

Cornelia Juliane Grosse

Sven Felix Kellerhoff, Anschlag auf Olympia. Was 1972 in München wirklich geschah, Darmstadt 2022. ISBN 978-3-8062-4420-5, 238 S., 25,00 Euro



Belagerung von Sarajevo

So lange wie keine andere Stadt im ausgehenden 20. Jahrhundert wurde Sarajevo belagert. Beinahe drei Jahre war die Einwohnerschaft der Stadt von der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern abgeschnitten und dem Beschuss der Armee bosnischer Serben ausgesetzt. Dževad Karahasan beschreibt in seinem Buch originell den Alltag der in der Stadt verbliebenen Menschen, denen es nicht gelungen war, rechtzeitig zu fliehen. Es ist eine Sammlung der Geschichten ganz normaler Menschen, die in einer Ausnahmesituation und täglicher Angst leben mussten. Es sind Erzählungen vom Sterben, von Bomben und Granatsplittern sowie der Zerstörung Sarajevos.

Sprachlich geschickt zeichnet der Autor das Bild einer kulturell und ethnisch vielfältigen Stadt, in der die Menschen unterschiedlicher Herkunft und Glaubens friedlich lebten, sowie des Versuchs einer systematischen Zerstörung eben dieser.

Helene Heldt

Dževad Karahasan, Tagebuch der Übersiedlung. Aus dem Bosnischen von Katharina Wolf-Grießhaber, Berlin 2021. ISBN 978-3-518767-75-7, 218 S., 24,00 Euro

Medien

Dreimal Schlacht an der Somme

Vom 1. Juni bis 18. November 1916 tobte an der Somme eine der verlustreichsten Schlachten des Ersten Weltkriegs mit mehr als 300 000 toten Soldaten und über einer Million Verwundeter auf britischer, französischer und deutscher Seite. Einen Sieger gab es nicht, die Kampfhandlungen wurden abgebrochen.

Erstmals in der Geschichte wurde das Medium Film von britischer, französischer und deutscher Seite als Propagandamittel eingesetzt. »The Battle of the Somme« gilt als einer der ersten Dokumentarfilme überhaupt.

Ebenso wie »L'offensive française sur la Somme« und »Bei unseren Helden an der Somme« zeigt er das (mitunter gestellte) Bild vom Krieg, das dem heimischen Publikum zugetraut werden konnte. Dennoch vermitteln die Filme wertvolle alltägliche Front-Einblicke, zeigen die Kriegstechnik, die Versorgung sowie Ausrüstung der Soldaten. Was fehlt, sind die Schmerzen und Schreie, der Kampf ums Überleben, die Angst und die Einsamkeit in dieser unnötigen Materialschlacht.

Friederike Höhn

Somme. Filmische Propaganda im Ersten Weltkrieg. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 283 Minuten, 2 DVDs, Bonn 2020. Die DVD ist aktuell vergriffen, die Filme können unter *Somme – Filmische Propaganda im Ersten Weltkrieg* | bpb.de abgerufen werden.



Themenportal Weimarer Republik

www.weimarer-republik.net/themenportal

Die Ausstellung des Themenportals zur Weimarer Republik zeigt die verschiedenen Facetten der deutschen Gesellschaft in den Jahren 1918 bis 1933: Aspekte wie Demokratie, Revolution, Krisen sowie die technologischen und sozialen Fortschritte. Dieses vielseitige Angebot umfasst dabei Themen vom Achtstundentag bis zur Verfassung, erklärt durch Experteninterviews.

Ein Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf den politischen Verhältnissen. Maßgebende Persönlichkeiten in Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik werden in kurzen Porträts charakterisiert. Neben den Errungenschaften der Weimarer Republik werden auch die Gründe für ihren Untergang erklärt: der Aufstieg des Nationalsozialismus und damit der Beginn des dunkelsten Kapitels der deutschen Geschichte. Insgesamt wird hier ein hochwertiger Überblick über die Weimarer Republik gegeben, welcher durch ein ansprechendes Design ergänzt wird und zur Weiterbildung in diese wichtige Epoche der deutschen Geschichte einlädt.

Stefan Hubinger

100(0) Dokumente im Original

www.1000dokumente.de

Nichts geht über Originale. Das Projekt eröffnet allen Interessierten den Blick auf ausgewählte Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, die für die Nachwelt in Archiven sicher verwahrt und daher meist nur für Historikerinnen und Historiker einsehbar sind. Die Zahl 100 verweist darauf, dass es sich nur um eine begrenzte Auswahl an wichtigen »Schlüsseldokumenten« handeln kann, die dritte Null in Klammern soll die potenzielle Erweiterbarkeit des Projekts unterstreichen. Schon heute findet sich eine beeindruckende Auswahl: Es beginnt mit dem Gesetz »betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben«, 1903 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht, und endet mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990. Zu sehen ist auch eine Abschrift von Schlieffens Denkschrift »Krieg gegen Frankreich« aus dem Jahr 1905. Daraus wurde 1914 Ernst, wie das Telegramm des k.u.k. Botschafters in Berlin, Ladislaus von Szögyény-Marich, an seinen Außenminister Leopold Graf Berchtold vom 6. Juli 1914 zeigt.

Klaus Storkmann



Ausstellungen

Bitte informieren Sie sich bei den einzelnen Veranstaltern, wann und in welchem Umfang die Ausstellungen geöffnet sind. Wir empfehlen Ihnen, auch das bereitgestellte mediale Angebot der einzelnen Einrichtungen zu nutzen.

Berlin

Richard Wagner und das Deutsche Gefühl

Sonderausstellung
bis 11. September 2022

Staatsbürgerschaften. Frankreich, Polen, Deutschland seit 1789

Sonderausstellung
bis 15. Januar 2023
Deutsches Historisches Museum

Unter den Linden 2
10117 Berlin
Tel.: 0 30 / 20 30 4-0
www.dhm.de

Freitag bis Mittwoch
10:00 bis 18:00 Uhr
Donnerstag
10:00 bis 20:00 Uhr
Eintritt: 8,00 Euro
ermäßigt: 4,00 Euro

Deutschland und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg 1941–1945

Museum
Berlin-Karlshorst
Zwieseler Straße 4
10318 Berlin
Tel.: 0 30 / 50 15 08 10
www.museum-karlshorst.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag
10:00 bis 18:00 Uhr
Eintritt frei

Bonn

Heimat Eine Suche

Sonderausstellung
Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
Bonn

Willy-Brandt-Allee 14
53113 Bonn
Tel.: 02 28 / 91 65 400
www.hdg.de

bis 25. September 2022
Dienstag bis Freitag
09:00 bis 19:00 Uhr
Samstag bis Sonntag
10:00 bis 18:00 Uhr
Eintritt frei

Ingolstadt

Friedensbeginn? Bayern 1918–1923

Bayerisches Armeemuseum
Reduit Tilly
Regimentsstraße 6
85051 Ingolstadt

Tel.: 08 41 / 93 77 0
www.armeemuseum.de
Museum des Ersten Weltkrieges

Reduit Tilly
Dienstag bis Freitag
9:00 bis 17:30 Uhr
Samstag, Sonntag und Feiertag
10:00 bis 17:30 Uhr
Eintritt: 3,50 Euro
ermäßigt: 3,00 Euro
Sonntag: 1,00 Euro

München

Erinnerungsort Olympia-Attentat München 1972

Jüdisches Museum München
Sankt-Jakobs-Platz 16
80331 München
Tel.: 0 89 / 23 39 60 96

www.juedisches-museum-muenchen.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag
10:00 bis 18:00 Uhr

Eintritt: 6,00 Euro
ermäßigt: 3,00 Euro

Olympia 72 in Bildern – Fotografien aus den Sammlungen der Bayerischen Staatsbibliothek

Sonderausstellung
Bayerische Staatsbibliothek
Ludwigstraße 16
80539 München

Tel.: 0 89 / 28 63 82 322
www.bsb-ausstellungen.de
bis 4. September 2022
Sonntag bis Freitag

10:00 bis 18:00 Uhr
Eintritt frei

Munster

Panzermuseum
Hans-Krüger-Straße 33
29633 Munster

Tel.: 0 51 92 / 25 52
www.daspanzermuseum.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag
10:00 bis 18:00 Uhr

An Feiertagen auch montags geöffnet

Eintritt: 8,00 Euro
ermäßigt: 4,00 Euro
Familien: 15,00 Euro

Radebeul

Karl May Leben & Werk

Karl-May-Museum
Karl-May-Straße 5
01445 Radebeul
Tel.: 03 51 / 83 73 01 0

www.karl-may-museum.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag
10:00 bis 18:00 Uhr
Eintritt: 9,00 Euro
ermäßigt: 7,00 Euro

Schwarzenbach an der Saale

Comicgeschichte

Erika-Fuchs-Haus
Museum für Comic und Sprachkunst
Bahnhofstraße 12
95126 Schwarzenbach an der Saale

Tel.: 092 84 / 94 98 12 0
www.erika-fuchs.de

Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag
10:00 bis 18:00 Uhr
Eintritt: 5,00 Euro
ermäßigt: 3,00 Euro

Der besondere Tipp

Online-Dossier Krieg in der Ukraine

<https://www.zmsbw.de/>

Er veränderte Vieles, der 24. Februar 2022. Die Anfragen aus Bundeswehr, Gesellschaft und Medien an das ZMSBw zum Thema Ukraine, Militär und Krieg stiegen merklich an. Informieren (war und) ist das Gebot der Stunde, rasch war die Idee eines Online-Dossiers der **Militärgeschichte** geboren, um die wissenschaftliche Kompetenz, über die das ZMSBw und seine Netzwerke verfügen, zu teilen und den Informationsbedarf in der Truppe und in der interessierten Öffentlichkeit zu decken. Verbunden wurde dieses mit dem Ziel, die Beiträge in einer Sonderausgabe der **Militärgeschichte** erscheinen zu lassen.

In einem ersten Schritt sorgten Esther Geiger, Cornelia Juliane Grosse und Henning de Vries als Herausgebende dafür, dass acht sorgsam illustrierte und mit Karten versehene Artikel auf www.zmsbw.de eingestellt wurden: Beiträge zum Völkerrecht, zur Europä-

ischen Friedensordnung von 1990, zur NATO-Osterweiterung, zur Bedeutung der Landes- und Bündnisverteidigung, zur Zivilen Verteidigung der Bundesrepublik, zum Konzept der Abschreckung sowie zu Medien im Krieg und zur Geschichte der Ukraine. Es folgten Beiträge zur Ukraine im 20. Jahrhundert und deren Streben nach Selbstbestimmung, zum Niedergang der europäischen Sicherheitsordnung, zur Haltung der Deutschen zur Bündnisverteidigung sowie zum Zeitalter der Weltkriege.

Das Dossier ist im Zusammenhang mit weiteren Online-Angeboten des ZMSBw zu sehen. Zu nennen sind hier insbesondere die Folgen 32, 34 und 36 von »Zugehört!«, dem Podcast des ZMSBw: »Was ist die Ukraine?«, »Rapallo 1922« sowie »Kriegsverbrechen und Völkerrecht«. Dazu gehören auf www.zmsbw.de weiterhin: »Brussilow-Offensive 1916« (Die aktuelle Karte) und »Ukraine-Krieg: Zeitenwende im verteidigungspolitischen Meinungsbild?« (Interview Dr. Timo Graf).

Harald Potempa



Impressum

Herausgegeben
vom Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr
durch Oberst Dr. Sven Lange
und Oberst Dr. Uwe Hartmann (V.i.S.d.P.)

Verantwortlich für die akt. Ausgabe:
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa
Major Dr. Dennis Werberg

Redaktion:
Hauptmann Andreas Eichner M.A.
Cornelia Juliane Grosse M.A.
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.
Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann
Dr. Henning de Vries M.A.
Major Dr. Dennis Werberg

Leiter Fachbereich Publikationen:
Dr. Christian Adam
Bildredaktion: Esther Geiger
Lektorat: Björn Mielbrandt, Dr. Aleksandar-S.
Vuletić
Karten: Dipl.-Ing. Bernd Nogli
Layout: Carola Klinke

Anschrift der Redaktion:
Redaktion »Militärgeschichte«
ZMSBw
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMilGeschichte@bundeswehr.org
Homepage: www.zmsbw.de

© Titelbild: Bundeswehr/Uwe Grauwinkel

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das Jahresabonnement gilt aktuell ein Preis von 15,00 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Ende eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
ZMSBw
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 507
Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

© 2022 für alle Beiträge beim ZMSBw

Druck: Druckhaus Plagge GmbH
An der Feuerwache 7, 49716 Meppen
E-Mail: info@druckhaus-plagge.de

ISSN 0940-4163

»Wiege der Bundeswehr«

Krahnenberg-Kaserne Andernach



Im Jahr 1955 entstanden hier neue deutsche Streitkräfte: das Truppenlager Andernach.

Original-Dokumente, Filmsequenzen und historische Fotografien zeigen in der originalen Unterkunftsbaracke der ersten Bundeswehrsoldaten – am historischen Ort – die Geburtsstunde der Bundeswehr. In Ton und Bild sprechen die »Soldaten der ersten Stunde« über ihren Alltag, ihre Erwartungen, ihre Ängste und ihre Motive, wieder deutschen Streitkräften anzugehören.



Krahnenberg-Kaserne
Aktienstraße 87
56626 Andernach
Telefon: 02632 – 505 7340
www.Wiege-Der-Bundeswehr.de

Publikationen des ZMSBw



Reiner Pommerin
Die Kubakrise 1962
Ditzingen: Reclam 2022
(= Kriege der Moderne),
160 Seiten, 14,95 Euro,
ISBN: 978-3-15-011399-8



Timo Graf
Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in Deutschland 2021
Zentrale Ergebnisse der
Bevölkerungsbefragung
Potsdam: ZMSBw 2022
(= Forschungsbericht 132),
20 Seiten,
ISBN: 978-3-941571-51-8,
DOI: [https://doi.org/10.48727/
opus4-521](https://doi.org/10.48727/opus4-521)

ZUGEHÖRT! Der Podcast des ZMSBw



Folge 36: Kriegsverbrechen und Völkerrecht

Der Krieg in der Ukraine richtet sich zunehmend gegen die dortige Zivilbevölkerung. Viele Opfer sind Zivilisten. Russland dementiert medial berichtete Kriegsverbrechen und erschwert mit seinem Medienkrieg die Tatsachenfeststellung. Wie ist es möglich, juristisch belastbare Beweise in dieser unübersichtlichen Lage zu sichern und später die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?